





nur 1993 Mitglieder in der Provinz Woburnen des Provinzialabgeordneten. Schon Anfang des Jahres wurde von Münzberg festgestellt, daß die „Rote Fahne“ in Berlin nur 11000 Abonnenten zähle und in einer Auflage von 20000 Exemplaren gedruckt werde. Um diesem Zustand abzuhelfen, wurde vor einigen Wochen mit Münzbergs Hilfe die „Welt am Morgen“ herausgebracht. Ob es jedoch dem österreichischen Kommunisten Bruno Frey gelingen wird, dem neuen Blatt und damit der kommunistischen Partei einen größeren Einfluß auf die Berliner Arbeiterbevölkerung zu sichern, wird die Zeit lehren. Bis jetzt steht fest, daß das neue Unternehmen nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. Darum ist die Lüge der „Roten Fahne“ von dem Geheimrat der Sozialdemokratie mit dem Ullstein-Konzern im Grunde weiter nichts, als ein läppischer Versuch. „Morgenpost“-leser für die offen- oder verdeckt-kommunistische Presse zu gewinnen.

Ueber die Abrechnung der kommunistischen Ortsgruppen mit dem Zeitungsverlag läßt der Bericht sich wörtlich wie folgt vernehmen:

„Die noch immer mangelhafte Kassierung und die Kollierung der Abonnementsgelder an die Verlagsgesellschaft verpflichtet uns, erneut darauf hinzuweisen, daß die Ortsgruppenstellen eine ständige Kontrolle des Zeitungsvertriebes durchführen müssen. Es gibt heute noch Ortsgruppen, die zwei bis drei Monate lang mit der Abrechnung im Rückstande sind. In einer ganzen Reihe von Orten sind sogar namhafte Beträge von Abonnementsgeldern unterschlagen worden. Die Verlagsgesellschaft wird in Zukunft die Ortsgruppen nur so weit mit Zeitungen beliefern, wie Abrechnung erfolgt ist.“

Der Kassenbericht vom 1. November 1927 bis zum 31. Dezember 1928 schließt mit einer Einnahme von 472 387,48 Mark und einer Ausgabe von 470 039,98 M. ab. Etwas über 25 Proz. der Einnahmen werden aus Aufnahmegebühren und verkauften Beitragsmarken aufgebracht. Die Haupteinnahmen setzen sich aus vielen Sondermarken und „Kampffonds“ zusammen. Bei einer Ausgabe von 470 039,98 M. entfallen auf Verwaltungskosten, Löhne und Gehälter 143 807,71 Mark gleich 30,59 Proz. Mit einem Kassenbestand von nur 2 347,50 M. am 31. Dezember 1928 mußte der kommunistische Bezirksverband in das neue Geschäftsjahr eintreten, während allein die Berliner Bezirkskassa der Sozialdemokratie am selben Tage über einen Kassenbestand von 95 133,10 M. verfügte. Dabei ist zu beachten, daß der Wochenbeitrag der KPD. für die Berliner Mitgliedschaft pro Kopf 40 Pf. beträgt, während die Sozialdemokratie nur einen solchen von 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder erhebt.

Die Schwäche der kommunistischen Parteiorganisation ist somit eine der Hauptursachen, daß sich jetzt die Kommunisten an die unorganisierten Arbeiter klammern. Der kommunistischen Propaganda war es bisher nicht möglich, die Unorganisierten für ihre Organisation zu gewinnen. Damit die KPD. überhaupt politisch in Erscheinung treten kann, werden unorganisierte Arbeiter mit den organisierten Arbeitern gleichgestellt. Aus ihrer organisatorischen Schwäche ist also die neueste Taktik der KPD. geboren worden. Aber auch dieses Mittel wird die kommunistische Partei nicht retten. Die Sozialdemokratie wird, unbeirrt durch alle Beschimpfungen und Verleumdungen, weiter zielklar und positiv für die Arbeiterschaft wirken und so die noch unorganisierten Proletarier durch sachliche Leistungen für sich und damit für den Fortschritt zu gewinnen suchen.

## Wieder zwei.

Uebertritt von zwei Kommunisten zur Sozialdemokratie.

Frankfurt a. Main, 11. April. (Eigenbericht.)

Der bisherige Führer der kommunistischen Partei in Hanau, der Stadtverordnete und preußische Landtagsabgeordnete Karl Rehelein, ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Ihm angegeschlossen hat sich der bisherige kommunistische Stadtverordnete Winkler.

## Die Kommunisten für Paragraph 218!

So sind sie!

Im bevölkerungspolitischen Ausschuss des Preussischen Landtags fanden am Donnerstag die kommunistischen Anträge zur Debatte, die eine Einwirkung auf das Reich verlangen, die bekannten Paragraphen 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuches aufzuheben.

Inzwischen müssen wohl die Kommunisten anderer Auffassung geworden sein. Denn während der Beratung und bei der Abstimmung ließ sich im Ausschuss auch nicht eines der vier kommunistischen Mitglieder sehen. So kam es, daß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der kommunistische Antrag mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde.

Da die Kommunisten bekanntlich nichts ohne Absicht tun, so ist anzunehmen, daß sie die Ausschussführung absichtlich nicht besucht haben, denn bei ihrem ausgesprochenen Bittgefühl und Verantwortungsgefühl gegenüber der Arbeiterklasse ist kaum anzunehmen, daß sie die Sitzung geschwänzt haben.

Ob die „Rote Fahne“ von diesem Vorfall Notiz nehmen wird? Wenn ja, dann wird sie sicher für die Nichtannahme des Antrags ebendort noch die Sozialdemokraten und die reaktionäre preussische Staatsregierung verantwortlich machen.

Diese Kommunisten macht uns keiner nach!

## Handel mit Schimpfereien.

Die „Wirtschaft“ in der Handelskammer.

Bor kurzem wiesen wir auf eine fast ungläubliche Veröffentlichung in dem amtlichen Organ der Industrie- und Handelskammer von Magdeburg und Halberstadt hin, einer Veröffentlichung, in der sozialdemokratische Beamte — „Prominente“ waren sie vorsichtigerweise genannt — als Schlemmer überliefert hingestellt wurden. Sie, die Leute „in höchsten Amts- und Staatsstellungen“ sollten „Abend für Abend bei Sekt und Kaviar die spendabelsten Stammgäste der trauersten und verzweifeltsten Nachtlokale des Berliner Westens“ sein.

Nachdem wir diese niederträchtige Beschimpfung sozialistischer Beamter durch ein amtliches Handelskammerblatt angeprangert hatten, hat der preussische Handelsminister Bericht eingefordert. Die Halberstädter Handelskammer ist darauf von der Veröffentlichung abgerückt (von der Magdeburger wird das gleiche nicht gemeldet). Die Redaktion des Kammerblattes hat nachträglich auch noch eine entschuldigende Erklärung

# Verkehrte Luft in den Ministerien?

## Streichungen im Luftverkehr!

Wir sind das Land der ungewöhnlichen Ereignisse. Kaum hat das Reichskabinett eine Beratung abgehalten, in der die Vorschläge für einen Sparetat des Reiches in der Form angenommen wurden, wie sie die Finanzfachverständigen von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei vorgeschlagen hatten, da protestiert dagegen — ein Regierungsorgan!

Die „Industrie- und Handelszeitung“ gehört dem Deutschen Reich. In seine Herrschaft teilen sich das Wirtschaftsministerium und das auswärtige Amt. Dieses Blatt hat nichts Eiligeres zu tun, als gegen die Abschnitte bei der deutschen Luftfahrt zu protestieren. Als amtliches Organ zweier Reichsministerien verhöhnt es die Finanzfachverständigen und das Reichskabinett etwa wie folgt:

„Bei der Ablehnung der Erhöhung der Biersteuer mag man sich etwas vorstellen können. Nicht vorstellen kann man sich aber jedenfalls, wie die Aufrichterhaltung des deutschen Luftverkehrs unter diesen Umständen durchgeführt werden soll. Allerdings ist es noch nicht heraus, wo im einzelnen von dem Luftertrag die 28 Millionen abgezogen werden sollen.“

Nachdem wir mit diesem Tatbestand eines Angriffes auf das Sparprogramm des Reichstages und der Reichsregierung durch ein Regierungsblatt zu rechnen haben, ist es notwendig, einiges darüber zu sagen, warum gerade im Reichsverkehrsministerium die Abschnitte am unangenehmsten geworden sind.

Im Reichsverkehrsministerium haben sich bestimmte Abteilungen seit einer ganzen Reihe von Jahren vom Haushalt des Reiches beinahe völlig unabhängig gemacht. Sie ließen sich alljährlich Duzende von Millionen z. B. für Luftverkehr und Kraftfahrwesen bewilligen. Diese Etatsmittel waren jahrelang nicht nur übertragbar, sondern auch gegenstandslos bedingungslos. Mit anderen Worten, das Verkehrsministerium hat über diese Summe im ganzen Umfang praktisch frei verfügt. In der Zwischenzeit ist noch jahrelangem Einspruch des Reichstages endlich eine etatsmäßige Aufspaltung jener Riesensummen erfolgt, aber an dem System der Ausgaben hat sich nichts geändert, wobei das nötige Durcheinander des deutschen Luftverkehrs eher noch zugenommen hat, als daß es vereinfacht wurde.

Wir sind der Auffassung, daß es unmöglich ist, dem Allgemeinen Deutschen Automobilklub, München, und dem Automobilklub für Deutschland (der frühere „Kaiserliche Automobilklub“) Jahr um Jahr

Hunderttausende als Subventionen

zuzuwenden. Der Reichsverband der Automobilindustrie hat allein als Beihilfe für Preise im Jahre 1927 über 120 000 M. verfügen können. Die Motorflugüberwachung, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine Umschreibung, kostet dem Reich jährlich eine ganze Reihe Hunderttausende. Noch schlimmer ist es bei der Subventionierung des Flugzeugbaues. Hier hat das Verkehrsministerium, wie schon erwähnt, seit einer ganzen Reihe von Jahren völlig frei, viele Millionen an Darlehen zum Teil zinslos, zum anderen Teil unter Verzicht der Rückgabe ausgeteilt. Dieses ganze System der Betrachtung des Flugzeugbaues ist dabei immer von den beschränktesten militärischen Gesichtspunkten ausgegangen. Im Herbst möchte das Verkehrsministerium aus Reichsmitteln Dirigische Riesenspanzer bauen, die 10 000 Meter hoch fliegen. Während in allen anderen Ländern die Entwicklung der Flugzeuge zum einfachen, billigen Massenflugzeug

gedrängt wird, strebt man bei uns im Verkehrsministerium nach der entgegengesetzten Richtung.

Nicht nur der Reichstag, sondern auch der Rechnungshof des Deutschen Reiches ist seit Jahren über die Bewirtschaftung des Luft- und Kraftfahrwesens durch das Reichsverkehrsministerium außerordentlich empört. In einer jüngst erschienenen Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches wird auf bald zehn großen Druckseiten eingehend dargestellt, in welchem Zustande der Desorganisation sich das deutsche Flugwesen befindet. Es geht so gut wie alles durcheinander.

Jeder Funktionär möchte einen eigenen Betrieb haben

mit freier Staatsdisposition. Die Rotorenindustrie möchte möglichst unkontrollierte Preise bekommen. Die vom Verkehrsministerium an die verschiedenen Institutionen abgegebenen Flugzeuge und Flugmotoren verschwinden spurlos. Die Belege enthalten keine Angabe über die Quelle, der diese Gegenstände zugebacht waren. Die Aufwendungen des Reiches für die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt werden aus so verschiedenen Titeln gedeckt, daß kaum eine Uebersicht möglich ist. Ueberall wo man hinsieht ist diese Desorganisation die Ursache unwirtschaftlicher Ausgaben persönlicher und sachlicher Art.

Am Luftverkehr sind die Flughafenunternehmer, die Luftverkehrsgesellschaften, der Signaldienst, die Flugwetterwarte, die Flughafenfunkstelle und die Polizeiluftwachen beteiligt.

Wie verwickelt die Verhältnisse sind, möge folgendes Beispiel veranschaulichen: Die Flugwetterwarte Frankfurt (Main) gehört zu der dem preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unterstehenden Norddeutschen Wetterdienstorganisation. Da diese Flugwetterwarte aber eine Zweigstelle des Instituts für Meteorologie und Geophysik der Universität Frankfurt (Main) ist, gehört sie zum Ressort des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Dieser stellt die Mittel für die persönlichen Bezüge der Angestellten der Flugwetterwarte dem Universitätsinstitut zur Verfügung und läßt sie sich vom Reichsverkehrsminister erstatten. Die jährlichen Kosten der Flugwetterwarte, mit Ausnahme der Diensträume, trägt der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Desweiteren sind Mittel für diese Flugwetterwarte aus dem Haushalt des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe zur Verfügung gestellt worden.

Was vorstehend berichtet wurde, ist nur ein kleiner Auschnitt aus dem tatsächlichen Zustand des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums. Wie es angesichts dieser Tatsachen ein amtliches Organ wagen kann, das vom Reichskabinett genehmigte Sparprogramm zu verhöhnen, ist uns unerfindlich. Im übrigen macht man jetzt schon von allen möglichen Stellen her eifrige Propaganda für die arme, von den großen Parteien des Reichstages zu Unrecht gesäuberte Luftfahrt. Die Agitation ist ganz geschickt, man erklärt, daß man beim Zappeln ja sparen könne. Es steckt wohl hinter diesen Angriffen die Hoffnung einer Zersplitterung der Sparanten des Reichstages. Wir sind der Auffassung, daß jene Propagandataktivitäten sich irren werden. Sie täten viel klüger, mit den engen Mitteln, die in einem Notjahre dem Reichsverkehrsministerium bewilligt werden, sparsam zu wirtschaften und den Bereich ihrer Verantwortlichkeit vereinfacht neu zu organisieren.

Kurt Heintz.

## Krise im Zwermland.

Etat in Mecklenburg-Strelitz abgelehnt. — Deutschnationale und Kommunisten im Bunde.

Neustrelitz, 11. April. (WZB.)

In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Mecklenburg-Strelitzischen Landtages wurde der Staatshaushaltsplan für 1929 in der Schlussabstimmung mit 18 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für den Etat stimmten die Sozialdemokraten und die Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Deutsche Volkspartei, Volksrechtspartei und Bauernbund). Alle übrigen Abgeordneten (Deutschnationale, Demokraten und Kommunisten) stimmten gegen den Etat.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung verlas Landtagspräsident Dr. Joth ein Schreiben des Staatsministers Dr. Freilherr von Reibniz, in dem dieser seinen Rücktritt als Staatsminister erklärte, da der von ihm vorgelegte Etat von der Mehrheit des Landtages abgelehnt sei.

Abg. Bartosch (Soz.) verlas alsdann einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, wonach der Staatsminister, Dr. Freilherr von Reibniz auf Grund des § 27 des Landesgrundgesetzes von der Weiterführung der Geschäfte entbunden wird. In der Begründung dieses Antrages heißt es:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist aus staatspolitischen Gründen bei den Verhandlungen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen, glaubt aber nunmehr für die Konsequenzen, die sich aus der Ablehnung des Haushaltsplanes zwangsläufig für das Land ergeben, die Verantwortung ablehnen zu müssen. Sie stellt diesen Antrag um der Opposition, bestehend aus der deutschnationalen und der wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft (Demokraten und Kommunisten), die nach den parlamentarischen Grundgesetzen nunmehr eine Regierung zu bilden haben, den Weg freizumachen.“

Präsident Dr. Joth teilte mit, daß er den sozialdemokratischen Antrag auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung setzen werde.

## Hakenkreuzdefraudant.

50 000 Mark Spargelder unterschlagen.

Ludwigslust, 11. April. (Eigenbericht.)

Der seit mehreren Jahren bei der Bezirksparlasse Ludwigslust tätige nationalsozialistische Alexander Algrimm stellte sich der Staatsanwaltschaft und gestand die Unterschlagung amtlicher Gelder. Auf Grund einer oberflächlichen Nachprüfung der Bücher werden die Veruntreuungen auf 35 000 bis 50 000 Mark geschätzt. Die Kontrollbücher waren gefälscht. Algrimm ist der Führer der Nationalsozialisten in Ludwigslust. Dem Vernehmen nach soll er die veruntreuten Gelder hauptsächlich zu Parteizwecken verwendet haben.

Hakenkreuzstrolche. In Wachen wurde eine Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, in der Helmut von Gerlach-Berlin sprach, von Nationalsozialisten gestört. Erst als die Polizei eingriff, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

abgedruckt und, wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mittelt, „teilweise ihr Bedauern ausgesprochen“. Der Handelsminister hat den Herrschaften mitteilen lassen, daß sie parteipolitische Polemiken aus ihren Blättern überhaupt fernzuhalten haben. Von einem förmlichen Disziplinarverfahren gegen den schuldigen Beamten der Kammer ist nur deshalb abgesehen worden, weil die Redaktion des Kammerblattes ja schon ihr „teilweises Bedauern“ ausgedrückt hatte.

Und scheint, daß die Erledigung dieses Falles angesichts der groben politischen Flegerei eine sehr milde und kaum verständliche ist!

## Die deutschnationalen Kreditstandale.

Eine Erklärung der Preussentasse.

Das Direktorium der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preussentasse) teilt dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zur Diskussion über die Kasseisen-standale folgendes mit:

„In einem Teil der Presse wird zurzeit die Geschäftsgebarung einiger zentraler genossenschaftlicher Unternehmungen, insbesondere der Deutschen Kasseisenbank A. G. sowie der Genossenschaftlichen Zentralkasse und anderer wirtschaftlicher Unternehmungen des Reichslandbundes während der Jahre 1924 und 1925 erörtert. Bei den genannten genossenschaftlichen Unternehmungen sind in der damaligen Zeit Verluste eingetreten, deren Umfang der Öffentlichkeit seit längerer Zeit bekannt ist. Die Beseitigung dieser Verluste stellt eine wesentliche Aufgabe der eingeleiteten Reorganisationsaktion des ländlichen Genossenschaftswesens dar. Wenn dieser Reorganisationsprozeß auch naturgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt, so ist gleichwohl Vorkehrung für reibungslose Abwicklung der Geschäfte der in Betracht kommenden Institute getroffen worden. Auf diese Weise besteht für die Sparinleger und sonstigen Gläubiger keinerlei Anlaß zur Beunruhigung.“

Auch uns ist bekannt, daß die heutige Zentralisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften endlich die Sicherheit des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wieder in der wünschenswerten Weise erhöhen wird. Das ändert nichts an der unverantwortlich leichtfertigen Weise, mit der seinerzeit von deutschnationalen Verantwortlichen mit Bauerngeldern umgesprungen wurde.

## Wer ist Uralzeff?

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwört den „Juden“ Uralzeff

Zu der Verjährung von Bauerngeldern durch deutschnationale Verantwortliche hat die „Deutsche Tageszeitung“ endlich die Sprache gefunden. Uralzeff sei russischer Jude gewesen! Damit soll den Verantwortlichen herausgeholfen werden. Aber auch diese Beschuldigung nützt nichts.

Uralzeff ist, wie wir hören, der Sohn eines russischen Spediteurs und entstammt einer rein russischen Familie, die in Jekaterinoflaw lebte. Er hat in Dorpat Medizin und Physik studiert, leitete dort mehrere Apotheken und kämpfte schließlich in der weißen Armee unter Judenitz.



# Der Bergetat.

## Berufung im Landtag. — Die Löhne der Bergarbeiter.

Der Preussische Landtag trat am Donnerstag, dem 11. April, nach der Osterpause wieder zusammen. Das Haus tritt in die zweite Lesung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ein. Nach dem Berichterstatter Abg. Osterroth (Soz.) nimmt das Wort

Handelsminister Dr. Schreiber.

der zunächst einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der einzelnen Zweige des preussischen Bergbaues gibt. Die Gesamteinkohlenförderung Preussens ist 1928 um 2,7 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Ein großer Teil der infolge Stilllegung anfallenden Belegschaftsmittelglieder konnte im anderen Bergbau untergebracht werden.

Die Löhne haben im vergangenen Jahre in allen Gebieten eine Aufbesserung erfahren.

Auch die Leistungsförderung pro Kopf und Schicht hat 1928 in allen Steinkohlengruben eine Fortschrittsentwicklung erfahren.

Die Erhöhung des Schichtförderanteils betrug in Oberschlesien 0,4 Proz., in Niederschlesien 7,7 Proz., im Ruhrrevier 5,2 Proz. und im Aachener Revier 6,4 Proz. Trotzdem ist die Lage im Steinkohlenerwerb nicht befriedigend.

Im Gegensatz dazu hat der Braunkohlenbergbau seine Förderungsleistung um 10,8 Proz. gesteigert. Zum ersten Male übersteigt die Gesamtbraunkohlenförderung mit 166 Millionen Tonnen die Gesamteinkohlenförderung von 151 Millionen Tonnen.

Die ganze Lage des Bergbaues spiegelt sich besonders in den Ergebnissen der staatseigenen Gesellschaften wieder. „Hibernia“ und „Berga“ haben mit Verlust gearbeitet. Auch die Preußag hat einen Gewinnrückgang, so daß die Dividende von 5 auf 4 Proz. ermäßigt wurde. Die Annahme, daß diese großen staatlichen Gesellschaften gegenüber der Privatwirtschaft bevorzugt sind, ist irrig. Bei der „Hibernia“ gibt es keine steuerliche Begünstigung, und bei der „Preußag“ und „Berga“ kommt die Reichsvermögenssteuer nicht zur Erhebung. Diese Steuer würde weit weniger erfordern als die Pensionenlasten betragen, die den beiden Gesellschaften durch Gesetz auferlegt sind. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß ich jede steuerliche Bevorzugung der öffentlichen Hand für bedenklich halte.

Hierauf beantworteten Regierungsvertreter eine Reihe von großen Anfragen.

Abg. Franz-Oberschlesien (Soz.):

Wir werden uns einer Sparjamkeit widersetzen, die vielleicht bei der Grubenskontrolle einziehen soll. Wir wünschen nicht Abbau, sondern Ausbau der Grubenskontrolle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Insbesondere wünschen wir, daß an allen Berggrenzräumen mindestens ein Arbeiterkontrollposten tätig ist. Soweit die Unfallziffern gefallen sind, ist das im wesentlichen auf die Tätigkeit der Arbeiterkontrollposten zurückzuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Reformierung der Bergbehörden im fortschrittlichen Geiste muß fortgesetzt werden. Die Jahresberichte der Bergbehörden sind in den letzten Jahren bedauernd objektiver abgefaßt als früher. Selber fühlen sich aber immer noch eine Anzahl Bergaufsichtsbereame in der Rolle des Gendarmen gegenüber den Bergarbeitern.

An den Fortschritten in der Einstellung der Bergbehörde hat das Grubensicherheitsamt ein gewisses Verdienst. Es ist deshalb auch bei den Oberbergämtern nicht gut angefahren.

Ist also eine, wenn auch langsame Umstellung bei der Bergbehörde zu beobachten, so kann das leider nicht von den privaten Zechenbesitzern gesagt werden. Hier herrscht noch immer der alte Schatzmachergeist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten!)

Bei den deutschen Wirtschaftsführern macht sich überhaupt eine starke Führungsimpotenz bemerkbar.

Das zeigt der sogenannte Bergmannstag, der im vorigen Jahr in Berlin tagte. Das geistige Niveau dieser Konferenz war geradezu erschütternd. Nur die Phrase beherrschte das Feld, kein Gedanke wurde ausgesprochen, der einen Blick nach vorwärts gezeigt hätte. Es ist kein Wunder, denn dieser Bergmannstag war von etwa 800 Bergwerksdirektoren besucht. Keine der schwebenden aktuellen Fragen des Bergbaues wurde auf dieser Tagung berührt. Man schimpfte auf die Bergarbeiter und auf die hohen Löhne und keiner der anwesenden Behördenvertreter ist diesen Ausführungen entgegengetreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ertüchtlichere sollen nunmehr die Unternehmer bereit sein, ihre Selbstkosten einer Nachprüfung unterziehen zu lassen. Die Gewerkschaften schlagen vor, diese Prüfung vom Reichsteinkohlenverband vorzunehmen, aber die Unternehmer sind grundsätzlich dagegen, daß diese Institution die Selbstkosten nachprüft, weil sie Gegner des Kohlenwertleistungsgeleises sind und nicht wünschen, daß diese Organisation öffentlich noch mehr hervortritt.

Wir sind entschieden gegen die Aufhebung des Kohlenverteilungsgeleises. Nach dem Bericht des rheinisch-westfälischen Kohlenamts hat sich die Förderung die 1926 von 122 auf 145 Millionen Tonnen gesteigert war, 1927 auf 133,5 Millionen Tonnen erhöht. Die Förderung im letzten Jahre übertrag unter Aufrundung des heutigen Reichsgebietes die Produktion von 1926 um 5,71 Proz., die von 1913 um 9,12 Proz. oder 12,8 Millionen Tonnen und die Förderungsleistung von 1924 um rund 36 Proz. Von den zuletzt geförderten Kohlen entfallen 76,8 Proz. auf das Ruhrgebiet, nur 233.000 Tonnen entfallen auf die Förderung landwirtschaftlicher Zechen. Das rheinisch-westfälische Kohlenamts stellt also wohl das geschlossene Monopol der Welt dar.

Sollen wir kein Kohlenverteilungsgeleit, das die Entscheidung über die Verteilung der Regierung in die Hand gibt, so würde dieses Monopol in der Lage, der gesamten Wirtschaft seinen Willen aufzuzwingen.

Diese Bestrebungen werden aufs äußerste von uns bekämpft. Das Gesetz über die hohen Löhne der Bergarbeiter ist völlig unbedenklich, aber immer noch herrscht in vielen Bergbetrieben ungenügende Not und großes Elend unter den Bergarbeitern. Das Gesetz der Unternehmer über die hohen Löhne hat zweifellos den Reparationsagenten zu seinen jassen Mitteln gegeben über die deutsche Wirtschaft gebracht. Während Herr Kistner behauptete, daß die Bestehungskosten pro Tonne Kohle durch Erhöhung der Arbeiterlöhne von 1925 bis 1928 um 2,41 M. gestiegen sind, sind in Wahrheit nach der Statistik des rheinisch-westfälischen Kohlenamts die Arbeitskosten nur um 2 Pf. pro Tonne gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Internationale Arbeitsamt hat festgestellt, daß noch 1928 Deutschland die längste Arbeitszeit im europäischen Kohlenbergbau hatte, während Deutschland nur 69 Proz. der europäischen Arbeitszeit zahlte. Diese Unparität werden im wesentlichen bedingt durch das Institut für Konjunkturforschung.

Das schon erwähnte Sinken der Unfallziffer hat sicher seinen Grund in unserem Antrag, der in der Grubensicherheitskommission gestellt war. Danach haben auf allen Gruben Kommissionen von der Bergbehörde mit der Betriebsvertretung und der Beraternverwaltung sich über die Ursachen der Unfälle unterhalten. Dadurch ist das Verantwortungsgefühl aller Beteiligten erheblich gestärkt worden.

Trotzdem sind die Unfallziffern noch immer ungeheuerlich. So sind in Oberschlesien bei einer Gesamtbelegschaft von 43.000 Mann in einem Quartal noch 31 tödliche Unfälle vorgekommen. (Hört! hört!)

Der Redner geht zum Schluß noch auf die Verhandlungen über den polnischen Handelsvertrag ein, dessen Abschluß er in einem

# Lenins Testament.

Traktat will vom Ertrage seiner Schriften: das in Russland streng verbotene politische Testament Lenins drucken und verbreiten lassen.



Die Sowjetpriester: Wir hüten seinen Leib, verschone uns mit seinem Geist.

# Polen dem Militärfaschismus ausgeliefert.

## Sieben Generale und Oberste und nur vier Zivilisten im Kabinett.

Warschau, 11. April.

Da im Regierungsbund die halbfaschistische Gruppe der hohen Militärs über die Jostlisten den Sieg davon getragen hat, wird das neue polnische Ministerium ein ausgesprochenes „Kabinett der Oberste und Generale“ sein, dem sieben hohe aktive Offiziere angehören. Wenn sich diese Zusammensetzung bestätigen sollte, wäre mit einem scharfen Kurs gegen den Sejm zu rechnen, dessen dauernde Vertagung oder endgültige Auflösung ohne Ausschreibung von Neuwahlen wahrscheinlich ist. Die Gruppe des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Bartel, die noch immer eine Zusammenarbeit mit dem Parlament empfiehlt und vorschlägt, ist eingestuft. Er endgültig ausgeschlossen. Die Ernennung des neuen Ministeriums soll Sonnabend vollzogen werden. Die Oppositionsblätter, die die Mitteilungen der Regierungspresse ohne Kommentar wiedergeben, enthalten sich noch jeder Stellungnahme.

## Probemobilisierung in Warschau.

Warschau, 10. April (Dtl.-Ezpr.).

Große Unruhe hat eine mitten in der Nacht erfolgte Probemobilisierung von Warschauer Reservisten mehrerer Jahrgänge verursacht. Ohne vorherige Ankündigung dieser Maßnahme wurden die Reservisten geradezu aus den Betten geholt und auf die Kasernenhöfe gebracht. Sie werden erst nach einigen Tagen wieder nach Hause entlassen werden.

für Deutschland günstigen Sinne erhofft und bietet das Plenum die von den Sozialdemokraten gestellten Anträge, die auf eine Besserung auf allen Gebieten im preussischen Bergbau hinarbeiten, annehmen. Eine endgültige Besserung wird erst eintreten durch die sozialistische Produktionsweise, die den Bergarbeiter vom Objekt innerhalb der Produktion zum verantwortlichen Träger derselben erheben wird. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Waldthausen (Dnat.) kritisiert die deutsche Handelspolitik den Polen gegenüber. Der Bergbau verträge keine weitere Erhöhung der Löhne. Die Arbeitnehmer mögen bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen das nötige Verantwortungsbewusstsein gegenüber der deutschen Kohlenwirtschaft beweisen.

Abg. Dr. Steger (Z.) wendet sich gegen die Behauptung des Abgeordneten von Waldthausen, daß die Lohnsteigerung den Hauptteil der Unkosten an der Kohlenproduktion ausmache.

Wenn die Unternehmer von der Hof des Bergbaues reden, dürfen sie auch nicht ihren Generaldirektoren Jahresgehälter von 200.000 M. bezahlen.

(Sehr gut! links und im Zentrum.) Der deutsche Bergbau könne sehr wohl eine angemessene Lohnerhöhung für die Bergarbeiter tragen.

Nach einer Rede des Abg. Sobotta (Komm.), in der er sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter wendet, vertagt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Freitag, den 12. April, mittags 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen noch: Dritte Lesung der Kirchensteuergeleise und Abstimmungen über den Justizetat und den Etat des Finanzministeriums.

## Die Gewerbesteuer der freien Berufe.

Der Vorkomitee des Preussischen Landtags legte am Donnerstag vor Wiederaufnahme der Beratungen des Landtags den Geschäftsplan bis Pfingsten fest. Die nochmalige Beschlußfassung über die Gewerbesteuer soll am 16. April erfolgen.

## Antrag gegen Obstruktion.

### Diätenentziehung bei Nichtteilnahme an namentlichen Abstimmungen in Preußen gefordert.

Im Preussischen Landtag ist ein demokratischer Antrag Jost eingegangen, der eine Abänderung des Diätengesetzes durch Aufnahme einer Bestimmung fordert, wonach diejenigen Abgeordneten, die an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnehmen, als abwesend gelten sollen, auch wenn die Anwesenheit nach den Bestimmungen über den Nachweis der Anwesenheit festgestellt ist. Die Forderung hat zum Ziele, die Obstruktionserfolge zunächst auszuhalten. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß im Reichstag eine Regelung festgelegt ist, die der mit dem demokratischen Antrag geordneten Abänderung entspricht.

Mandatsablieferung. Der Zentrumsabgeordnete des Reichstags Josef Sinn in Aachen hat sein Mandat aus Gesundheitsrückfällen niedergelegt. Sein Nachfolger wird Senatspräsident Dr. Scheffer-Köln sein.

## Bauernpartei gegen Pilsudski.

Warschau, 11. April.

Der Vorstand der radikalen Bauernpartei hat eine Entschließung angenommen, in der er sich scharf gegen den Artikel des Warschauer Pilsudski wendet und den Staatspräsidenten auffordert, ein Kabinett zu ernennen, durch das eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament und eine ruhige Entwicklung des Landes sichergestellt werde.

## Zensur! Zensur!

Die gestrige Ausgabe der „Polonia“ ist wegen eines Artikels, der an dem zurückgetretenen Pilsudski gegen den Sejm Kritik übt, beschlagnahmt worden (zum 30. Male in diesem Jahre). Das Blatt gab eine zweite Ausgabe heraus, in welcher eine weiße Lücke die Stelle des vom Zensur gestrichenen Artikels vertretet. Auch die „Gazeta Warszawska“ ist beschlagnahmt worden und zwar wegen eines Artikels, der im Zusammenhang mit den Angriffen gegen den Sejm die Frage der Würde des polnischen Staatswesens behandelte.

Auch die Mittwochs Ausgabe der polnischen sozialistischen „Gazeta Robotnicza“ in Katowitz wurde beschlagnahmt, und zwar wegen eines Artikels „Scharfer oder milder Kurs gegenüber dem Sejm?“ Schließlich wurde gestern auch die Nummer 167 des „Berliner Tageblatts“ von der Katowitzer Polizeidirektion beschlagnahmt.

## Fahlbusch verhaftet.

### Der Fememörder in Deutschland.

Wie der Anklage Preussische Pressedienst mitteilt, ist der wegen mehrfachen Mordes strafloslich verfolgte ehemalige Feldwebel August Fahlbusch, der aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgewiesen war, beim Verlassen des Schiffes auf deutschem Boden verhaftet worden und wird nach Berlin übergeführt werden.

Fahlbusch war Mitglied des dem Oberleutnant Schulz unterstehenden 322. Kommandos, das in den Kreisen der Schwarzen Reichswehr auch als „Nordkommando“ genannt wurde. Fahlbusch gehörte ihm die Feldwebel Klapproth und Bäckling an. Die Täterchaft Fahlbuschs in einer Reihe von Mordtaten gilt durch die bisherigen Fememordprozesse bereits als fest erwiesen. Im Falle Wilms, in dem Oberleutnant Schulz wegen Anstiftung bekanntlich zum Tode verurteilt wurde, war es Fahlbusch, der im Wandauto hinter Wilms stand dem Wilms die tödliche Kugel durch den Kopf schoß. Ebenso gilt Fahlbusch als unmittelbarer Täter im Falle Brauer. Brauer wurde ebenfalls von Fahlbusch im Auto erledigt.

Während im Falle Wilms der berühmte Klapproth des Wandauto steuerte, tat dies im Falle Brauer ein Unteroffizier Komolowski, der bereits wegen Beihilfe zum Mord zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Auch in weiteren Fällen ist Fahlbusch durch die Aussagen der anderen stark belastet. Bismert diese zu ihrer eigenen Entlastung möglichst viel auf den flüchtigen Fahlbusch geschoben haben, muß sich erst herausstellen. Selbstverständlich ist Fahlbusch genau wie Klapproth, Umhofer usw. nur das Werkzeug höherer Mächte gewesen.

## Tschiangkai-scheks Forderungen.

Peking, 11. April.

Tschiangkai-schek läßt in der Agentur Kuomint eine eingehende Erklärung über die politische Lage in China veröffentlichen. Der Nanjingregierung drohe unmittelbare Gefahr von drei Seiten: von General Fung, General Peitschung Hsi und Li Tschai Sum. Da die Nanjingregierung ihm nicht die Vollmachten zu geben imstande sei, diese militärischen Abenteuer zu befehligen und unerschütterlich zu machen, könne er nicht im Lande bleiben. Er verlange für sein weiteres Verbleiben die völlige Entwaffnung aller chinesischen Truppen, außer denen der Nanjingregierung, die Einführung eines militärischen Direktoriums, dessen Vorsitz er übernimmt und das aus drei Personen zu bestehen habe, sowie die gerichtliche Bestrafung aller chinesischen Generale, die sich der Zentralgewalt nicht fügten.

Professor Enrico Ferri, früherer sozialistischer Führer, sodann Renegat und schließlich faschistischer Senator, ist am Donnerstag 73jährig, in Rom gestorben.







# Großfeuer am Hermannplatz.

## Vor der Fertigstellung des Karstadt-Warenhauses. — Feuerwehr verhindert eine Katastrophe.

Im Neubau des Warenhauses der Rudolf Karstadt K.-G. am Hermannplatz in Neukölln brach gestern nachmittag um 4 Uhr Feuer aus. Der mit den ersten Löschzügen der Feuerwehr an der Brandstätte eintreffende Oberbranddirektor Gempy beorderte angeichts der Gefahr, die für den Riesenbau bestand, 14 Löschzüge nach Neukölln, die auch nach kurzer Zeit eintrafen. Glücklicherweise konnte durch das tatkraftige Eingreifen der Wehren trotz der schweren Zugänglichkeit zum Brandherd ein größeres Brandunglück rechtzeitig verhindert werden. Bereits nach einstündiger Löschfähigkeit war das Feuer eingedämmt. Ein Arbeiter mußte mit einer schweren Rauchvergiftung bewußtlos ins Urban-Krankenhaus gebracht werden. Sonst ist niemand weiter von den Bauhandwerkern zu Schaden gekommen; sie hatten sich über die Treppenausgänge rechtzeitig in Sicherheit bringen können.

Der erste Alarm traf kurz nach 4 Uhr ein. Drei Züge rückten zunächst zur Brandstelle aus, die bei ihrem Eintreffen aber bereits einen so ausgedehnten Brandherd vorfanden, daß an die Hauptfeuerwache in der Lindenstraße 14 Alarm gegeben werden mußte. Die Löschzüge rasselten aus allen Ecken zum Hermannplatz, der von einer großen Menschenmenge dicht umlagert ist. Nur schwer vermag die zuerst in ungenügender Zahl anwesende Schutzpolizei die Neugierigen zurückzuhalten. Erst als Verstärkungen eintreffen, schießt sich um die Menschenmassen ein Polizeikorps, den ohne Ausweis niemand mehr passieren darf.

Die Feuerwehr hat lange mit ihren Löscharbeiten begonnen. Drei mechanische Leitern sind von der Hofenheide aus hochgezogen; zu gleicher Zeit dringen die Sappeure über die Treppen nach oben vor. Der ganze obere Teil des Kaufhauses, mit der Front nach der Hofenheide, steht schmelzend in Rauch und Flammen. Der erste Anblick läßt Schlimmstes befürchten, und der gewaltige Warenhausbrand von Hermann Tieg in der Chausseestraße taucht im Augenblick in der Erinnerung wieder auf. Wird ebenso wie damals im Norden Berlins ein Teil des Riesenbaues durch Feuerergewalt in einen Schutt- und Trümmerhaufen verwandelt werden? Noch läßt sich der Umfang des Feuers gar nicht erkennen, ungeheure Rauchwolken, die aus den hohen Fenstern hervorquellen, nehmen jede Sicht. Die Wehr hat jedoch inzwischen im Inneren des brennenden Gebäudes den Kampf gegen das entseelte Element erfolgreich aufnehmen können. Jetzt wird auch bekannt, welcher Teil des Warenhauses vom Feuer ergriffen wurde. Es ist der Wirtschaftsfüßel, in dem sich im 5. Stockwerk eine Kühlanlage befindet. Die Flammen hatten das 5. Stockwerk nach beiden Seiten auf eine Länge von 60 Metern, sowie eine Tiefe von 5 Metern ergriffen und waren auf das 6. Stockwerk übergesprungen. Aus einem Dutzend Schlauchleitungen wurde eine Stunde lang Wasser gegeben, bis es endlich gelang, den Brand niederzulämpfen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten noch stundenlang an.

### Die Entstehungsurache.

Von der Kriminalpolizei wurden zunächst Erhebungen über die Entstehungsurache des Feuers angestellt. Danach ist durch Funkenflug bei Schweißarbeiten in der Kühlanlage eine Drosselverhinderung in Brand geraten, von wo sich das Feuer mit großer Schnelligkeit auch auf die angrenzenden Verkaufsräume ausdehnte, in denen es an den leichtbrennbaren Baumaterialien, die im Innern des Warenhauses in allen Stockwerken in größerer Menge lagern, überaus reiche Nahrung fand. Zum Teil ist es auch der ständig in dem Riesenbau stationierten Wehr, die sofort eingriff, zu verdanken,

daß noch größerer Schaden verhütet worden ist. Das Warenhaus verfügt in allen Räumen über Sprinkleranlagen, das sind Feuerlöschanlagen, die an der Decke befestigt sind und bei einem Brande automatisch in Tätigkeit treten sollen. Beim Betreten des Brandherdes im 5. Stockwerk mußte die Feststellung gemacht werden, daß die Anlagen zu einem Teil noch gar nicht eingebaut, zum anderen Teil versagt haben müssen. Wie hierzu von feuertechnischer Seite mitgeteilt wurde, soll die Sprinkleranlage versagt

haben, weil eine im Keller befindliche Druckpumpe, die das Wasser in den Leitungen hochpreßt, nicht in Ordnung gewesen ist. Es kann von Glück gesagt werden, daß der Brand dank der schnellen und tatkraftigen Hilfe der Berliner Feuerwehr nach so verhältnismäßig glimpflich abgelaufen ist. Hätten die Flammen in größerer Ausdehnung auf das innere Gebäude übergegriffen, wer weiß, wieviel dann von dem stolzen Riesenbau übrig geblieben wäre.

Die Rudolf Karstadt K.-G. teilt zu dem Brand folgendes mit: „Am 5. Stock brach heute nachmittag bei Schweißarbeiten ein Feuer aus. Die im Bau befindliche Kühlanlage im 5. Obergeschloß brannte aus. Darüber hinaus ist kein Sachschaden entstanden. Der Eröffnungstermin des Neubaus verschiebt sich durch den Brandschaden nicht.“

# Der Mann, der seine Braut erschoss.

## Bier Jahre Gefängnis als Sühne.

Der Kraftwagenführer Will Seeger, der seine Braut am 31. August durch Revolvergeschosse getötet hatte, wurde vom Schwurgericht wegen Totschlages und unerlaubten Waffenbesitzes zu vier Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Todesstrafe aus § 211 beantragt.

Der Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Bürger, bezeichnete den Angeklagten als einen labilen Menschen, der in letzter Zeit unter chronischen Angst- und Affektzuständen litt, aber für seine Tat voll verantwortlich sei. Der Staatsanwalt begründete seinen Antrag auf Todesstrafe damit, daß die Tat vorher bis ins Letzte vorbereitet und daher mit Ueberlegung ausgeführt worden war. Das Gericht verneinte aber in der Urteilsbegründung das Moment der Ueberlegung, trotzdem sehr viele Momente dafür sprächen. Der Angeklagte war daher wegen Totschlages zu verurteilen. Mildernde Umstände wurden ihm zugestanden, da man seine Aufregung berücksichtigen müsse.

Nachdem der Vorsitzende das Urteil ausgesprochen hatte, sprangen die Verwandten der Toten von der Jugendbank auf und riefen dem Angeklagten Verwünschungen ins Gesicht.

### Opfer des Lebens.

#### Wieder drei Selbstmorde.

Gestern nachmittag beging der 47jährige Regierungsbaumeister Walter Voigt aus der Walbertstraße 16 in Schlachtensee Selbstmord durch Erschießen. Spaziergänger hörten im Mittelbusch in Nikolassee gegen 13 Uhr einen Schuß fallen und als sie hinzueilten, entdeckten sie den Toten neben einer Bank mit durchschossener Schläfe. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Das Motiv zu dem Verweilungsschritt ist unbekannt.

Auf dieselbe Weise ging gestern nachmittag der 53jährige Kapitän Eduard Ruck aus Hamburg in den Tod. R. war am Donnerstag früh in einem Hotel in der Königgräber Straße abgestiegen. Als gegen 14 Uhr ein Hotelangestellter das Zimmer betrat, fand er den Hotelgast, der sich aus einer Mehrfachpistole einen Schuß in den Mund beigebracht hatte, tot auf. Auch in diesem Falle ist der Grund zur Tat noch ungeklärt.

In einem Anfälle von Schwermut stürzte sich gestern der 27jährige Schneider Otto Reugebauer, nachdem er sich zuvor noch die Pulsadern beider Hände aufgeschnitten hatte, aus dem Fenster seiner im 3. Stockwerk gelegenen Wohnung, Kleine Andreasstraße 4, auf die Straße hinab. R. starb auf dem Transport zum Krankenhaus Am Friedrichshain.

Aus der Havel gelandet wurde am Flegelhof in Spandau

die Leiche eines unbekanntem jungen Mädchens, die wohl schon zwei oder drei Monate im Wasser gelegen haben mag. Die Leiche, die nach der Halle in Spandau gebracht wurde, ist etwa 18 bis 20 Jahre alt, hat dunkelblonden Büchelhaarschnitt, vollständige Zähne und trug dunkelblaues Kleid mit rotem Kragen und Ärmelausschlagen, dunkelblauen Schläpfer, weiße Wäsche ohne Zeichen, aber weder Schuhe noch Strümpfe. Verletzungen am Hinterkopf, an den Armen und Hüften rühren offenbar von Bootshaken her.

### War es die Stiefmutter?

#### Ein neues Kapitalverbrechen in Breslau.

In Breslau hat sich wieder eine furchtbare Bluttat abgespielt. Die Feuerwehr wurde nach der Reudorfstraße 58 gerufen, wo im Hinterhaus im vierten Stock Feuer aus der Wohnung des Stellmachers Franzke schlug. Als die Feuerwehr in die Wohnung eindrang, fand sie in einem kleinen Kabinett die Leiche der ältesten 20jährigen Tochter Franzkes, Elfriede, tot auf. Ein Stück Leinwand war fest um den Hals der Toten gezogen, und die Nordkommission, die gleich darauf eintraf, stellte fest, daß der Tod durch Erdrosseln eingetreten war. Die Polizei vermutet, daß die Stiefmutter der Ermordeten die Täterin ist, die die Ermordete, wie die anderen Kinder und auch Hausbewohner auslagern, seit ihrer Verheiratung ständig geschlagen und mit Drohungen verfolgt hat. Der Verdacht ihrer Täterschaft verstärkt sich um so mehr, als die Stiefmutter bisher noch nicht aufgefunden werden konnte.

### Berschollon oder ... ?

Seit November 1923 ist der am 2. November 1902 in Berlin geborene Werner Junghans, der bei seinen Eltern in der Prinz-Eugen-Straße wohnte, spurlos verschwunden. Der junge Mann hatte die Absicht geäußert, nach Bayern zu gehen, weil er ihm nicht gefallen wollte, in Berlin Arbeit zu finden. Dann vermutete man, daß er Verwandte in Stettin aufgesucht habe. Er ist aber nirgends mehr aufgetaucht, alle Nachforschungen der Angehörigen und der Behörden, denen von seinem Verschwinden Anzeige gemacht wurde, sind ergebnislos verlaufen. Die Familie, die keine Erklärung dafür hat, daß der Sohn die ganzen Jahre hindurch nichts von sich hören ließ, befürchtet, daß er vielleicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Andererseits ist es auch nicht ausgeschlossen, daß der Verschwindende Dienste in der Fremdenlegation genommen hat. Wer über den Aufenthalt des Junghans irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich an die Vermittlungszentrale des Polizeipräsidiums zu wenden.

### Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Wieder fühlte er den Druck auf seinen Arm. Sie erprobte die Schürzenbänder an ihm. Für den Bruchteil einer Sekunde war er ein Wilder, von auswallender Furcht und Wut beherzigt. In dieser unmerkbar kurzen Zeitpanne war er zu allem fähig; ein gereizter Tiger, den der Gedanke an die Falle mit Wut und Entsetzen erfüllte. Wäre er wirklich nichts als ein Wilder gewesen, so würde er wie ein Rasender über sie hergefallen sein und sie vernichtet haben. Aber im selben Augenblick kamen in ihm Generationen von Zivilisation zum Durchbruch, die ihn zu einem den Verhältnissen angepaßten Gesellschaftler machten. Lakt und Synpathie stritten mit ihm, und mit einem lächelnden Blick in die Augen der Jungfrau sagte er: „Geh nur, und laß dir etwas zu essen geben. Ich bin nicht hungrig. Später können wir wieder tanzen. Es ist ja noch früh. Geh, Mädchen!“

Er machte seinen Arm frei, klopfte ihr gemächlich auf die Schulter und wandte sich zu den Pokernden.

„Wie hoch wollt ihr gehen? Ich mache alles mit.“

„Bis in die Wolken.“ sagte Jack Kearns.

„Also schön.“

Die Spieler blickten sich froh an, und Kearns wiederholte: „Bis in die Wolken!“

Clam Harnish ließ sich auf den leeren Stuhl nieder und holte seinen Goldbeutel heraus. Die Jungfrau schmolte einen Augenblick, dann wandte sie sich nach dem Tanzboden.

„Ich bring' dir ein Butterbrot, Daylight.“ rief sie über die Schulter zurück.

Er nickte, und sie lächelte ihm Verzeihung zu. Er war den Schürzenbändern entronnen und hatte obenrein ihre Gefühle nicht allzusehr verletzt.

„Laßt uns mit Chips spielen.“ schlug Daylight vor.

„Jedem machen immer solch Durcheinander auf dem Tisch.“

„Wenn's euch alles recht ist?“

„Ich habe nichts dagegen.“ antwortete Hal Campbell.

„Meine lauten auf fünfhundert.“

„Meine auch.“ sagte Harnish, und die andern erklärten ebenfalls, wie hoch ihre Chips gelten sollten. Der Franzosen-Louis, der bescheidenste, bemerkte die seinen mit hundert Dollar.

In jenen Tagen gab es in Alaska weder Betrüger noch Falchspieler. Es wurde ehrlich gespielt, und einer verließ sich auf den andern. Das Wort eines Mannes wog ebensoviel wie sein Gold. Ein Chip war ein staches, längliches Blechstück, vielleicht einen Cent wert. Setzte aber ein Mann im Spiel einen Chip und sagte ihm mit fünfhundert Dollar an, so wurde er zum Werte von fünfhundert Dollar angenommen. Wer ihn gewann, wußte, daß der Aussteller ihn mit genau abgemessenem Goldstaub zurückkaufte. Da die Chips von verschiedener Farbe waren, war es nicht schwer, den Eigentümer herauszufinden. In jenen frühen Tagen am Yukon fiel es niemand auch nur im Traum ein, mit Bargeld zu spielen. Beim Spiel war ein Mann gut für alles, was er besaß, einerlei, wo seine Besitzungen lagen und welcher Art sie waren.

Harnish zog die höchste Karte. Bei diesem guten Anzeichen rief er dem Kellner zu, daß er eine Runde für die ganze Gesellschaft ausgabe. Als er Don MacDonald, der links von ihm saß, die ersten Karten ausstellte, rief er: „Los, ihr Halunken! Alle Mann an Deck! Krempelt die Kermel auf! Hoppla! Ich sage euch, es gibt 'ne steife Brise. Pakt auf, daß ihr nicht über Bord fliegt.“

Dann ging es los. Es war ein ruhiges Spiel, bei dem wenig oder gar nicht gesprochen wurde, obwohl rings um die Spieler die ganze Stube toste. Clam hatte den Funken entzündet. Immer mehr Gäste kamen ins Tioli und blieben. Wenn Burning Daylight losgelassen war, blieb keiner zu Hause. Der Tanzboden war voll. Da es zu wenig Damen gab, banden sich mehrere Männer ein Taschentuch um den Arm, wurden nun zum weiblichen Geschlecht gerechnet und tanzten mit anderen Männern. Alle Spieltische waren dicht besetzt, und die Stimmen der Männer an den langen Schantischen und um den Ofen wurden von dem ständigen Klirren der Jetons und dem scharfen, steigenden und wieder ersterbenden Schnurren des Roulettes begleitet. Ein echter Yukon-Abend war im Gange.

Das Spiel der fünf Männer war einförmig, das Glück wechselte, es gab keine großen Karten. Die Folge war, daß hoch gespielt wurde, daß aber keines der Spiele lange dauerte. Eine „volle Hand“ gab dem Franzosen-Louis einen Pot von fünftausend gegen zwei „Dreiständer“ von Campbell und Kearns. In einem Spiel, das schon geworfen werden

sollte, wurde ein Pot von achthundert Dollar auf ein Paar Asse gewonnen. Und einmal „brachte“ Harnish und blühte Kearns für zweitausend Dollar. Als Kearns die Karten auflegte, zeigte es sich, daß er einen „Flush royal“ hatte, während Harnish die Frechheit besessen hatte, auf zwei Zehnen zu melden.

Um drei Uhr morgens aber kam die richtige Konstellation, der große Augenblick, auf den Pokerspieler wochenlang warten können. Im Augenblick durchlief das Gerücht das Tioli. Die Zuschauer verstummten. Entfernter Sitzende ließen die Unterhaltung und scharten sich um den Tisch, der Tanzboden leerte sich, und schließlich standen alle in einer dichten schweigenden Gruppe um den Pokertisch. Ehe gekauft wurde, hatte das hohe Betteln schon begonnen und wurde fortgesetzt, obwohl noch nicht „gebracht“ war. Kearns hatte gegeben, und der Franzosen-Louis machte den Anfang zum Pot mit einem Chip — was für ihn hundert Dollar bedeutete. Campbell hatte gerade „gebracht“, doch Clam Harnish, der nach ihm daran war, überblickte seine hundert mit vierhundert besser, indem er zu MacDonald bemerkte, daß er ihn billig heranließe.

MacDonald sah wieder in seine Karten und legte tausend Dollar in Chips in den Pot. Kearns grübelte lange und „brachte“ schließlich. Nun mußte der Franzosen-Louis neunhundert einschleichen, um weiter mitzumachen, und er tat es denn auch nach einigem Bedenken. Campbell kostete das Weiterspielen und Kaufen ebenfalls neunhundert, aber zum allgemeinen Erstaunen „brachte“ er sie und überholte noch einmal mit fünfhundert Dollar.

„Endlich kommt Fahrt in die Sache.“ bemerkte Harnish, „brachte“ die fünfzehnhundert und noch tausend.

„Der Sturm beginnt.“

„Ich bin zu allen Schandtaten bereit.“ begleitete Mac Donalds Chips auf zweitausend und noch eine Tausenddollareinslage.

Die Männer lehnten sich zurecht, denn jetzt wußten sie bestimmt, daß große Karten im Spiel waren. Obwohl ihre Gesichter nichts verrieten, strafften sich ihre Züge doch unbewußt. Jeder suchte gleichmütig auszusehen — und jeder nach seiner Art. Hal Campbell zeigte seine gewöhnliche Vorsicht. Franzosen-Louis verriet kein Interesse. MacDonald spielte sein herzliches Wohlwollen, das allerdings ein bißchen übertrieben wirkte. Kearns gab sich kaltblütig und zuversichtlich, während Clam Harnish munter und lustig wie nur je zu sein schien. Fünftausend Dollar lagen schon im Pot, und die Chips häuften sich in der Mitte des Tisches. (Fortf. folgt.)



# „Schutz den Stahlhelmen!“

## Eine Beamtendebatte im Rathaus.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine erneute Aussprache über die „Stahlhelm“-Affäre vom Verwaltungsbezirk Friedrichshain, mit der sie sich schon im Dezember beschäftigt hatte. Für die zum „Stahlhelm“-gehörenden Beamten der Stadt forderten die Deutschnationalen eine Duldung, die in der monarchischen Zeit niemals einem zur Sozialdemokratie gehörenden Beamten gewährt worden ist. Zugleich richteten sie einen Sturmangriff gegen den Stadtsyndikus Lange, der — wie sie glauben machen wollten — sich über die aus den Militärämtern hervorgegangenen Beamten abfällig geäußert haben sollte. Man weiß, daß gerade Stadtsyndikus Lange sich bemüht hat, auch früheren Militär-Beamteten bei Bewährung und tüchtigen Leistungen im Dienste der Stadt den Weg zu höheren Beamtenstellen zu ebnen. Aber die Regendentüchtigkeit, die unter dem Einfluß solcher Debatten zustande kommt, ist für Deutschnationalen eine willkommene Unterstützung zum bevorstehenden Kommunalwahlkampf. Auf ihr Geschrei nach Schutz für die Stahlhelmer gab Oberbürgermeister Böß ihnen eine abweisende Antwort von erfreulicher Deutlichkeit. Unser Genosse Platau zeigte die Sinnlosigkeit der von den Deutschnationalen gegen den Stadtsyndikus Lange gerichteten Angriffe. Das von ihnen beantragte Mißtrauensvotum gegen den Stadtsyndikus wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die Kommunisten, ihre Anträge wegen des Demonstreationsverbots für Berlin und wegen der Kaiserfeier der städtischen Behörden vorzugsweise zu behandeln. Der Antrag wurde abgelehnt. Ueber die Anfrage der Deutschnationalen wegen der

### Zugehörigkeit der Beamten zum Stahlhelm

entstand eine stundenlange Debatte. Veranlassung gab ihnen die energische Stellung eines Bezirksbürgermeisters gegenüber Stahlhelmbeamten. Stadtsyndikus Eibede (Dnall.) begründete die Anfrage in weitläufigen Ausführungen, wobei er die verfassungsmäßig verbürgte Bestimmungsfreiheit für Stahlhelmbeamte in Anspruch nahm. Besonders hatte es den Deutschnationalen die Antwort des Stadtsyndikus Genossen Lange im Dezember v. J. bei der erstmaligen Behandlung der Angelegenheit angefallen und so gingen die Deutschnationalen so weit, zu verlangen, daß dem Stadtsyndikus das Personalreferat genommen werde. Oberbürgermeister Böß beantwortete sofort die Anfrage. Er behaupte zunächst das Fehlen des Stadtsyndikus. Die Behauptung des Vorredners, der Stadtsyndikus habe die Anstellung eines deutschnationalen Beamten abgelehnt, weil er eben deutschnational sei, werde dadurch ad absurdum geführt, daß viele Deutschnationalen zu Beamten gewählt und den deutschnationalen Genossen keine Schwierigkeiten bereitet werden. Der Beamtenwerbeausschuß der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Friedrichshain (am Vorgänge in diesem Bezirk handelt es sich) habe nie im Bezirksamt gelagert und der Bezirksbürgermeister sei weder Vorsitzender noch Mitglied des Werbeausschusses. Die Aeußerung des Bezirksbürgermeisters zu den Mitgliedern des Stahlhelms im Beamtenstande gebe keine Veranlassung zu Beanstandungen. (Lärm bei den Deutschnationalen.) Wer sich einem Verband anschließt, der erst kürzlich in seinen offiziellen Verlautbarungen dem gegenwärtigen Staat Haß, Haß und noch einmal Haß angekündigt hat, darf sich nicht wundern, wenn sich Staat und Stadt wehren. Der Stadtsyndikus Lange habe sich nicht gegen die Versorgungsamtsarbeiter gewandt, wie es die Deutschnationalen hinzustellen liebten; er habe nur andeuten wollen, daß es heute freie Bahn dem Tüchtigen heiße

und daß heute auch solche Männer in höhere und höchste Stellen aufrücken können, deren Elementarbildung mangelhaft sei. „Selbst ehemalige Hülfejungen könnten sich durch die Fortbildungseinrichtungen der Stadt weiterbilden, wenn sie als Versorgungsamtsarbeiter in Beamtenstellen gekommen sind.“ Im übrigen habe

der Magistrat keine Veranlassung, an der Stellung des Stadtsyndikus Kritik zu üben noch etwa gegen ihn disziplinarisch vorzugehen.

(Lärm bei den Deutschnationalen.) Die Stadtverordneten Faust (Dnall.) und Lange (Komm.) sprachen dann noch viel und laut zu der Angelegenheit. Lange stellte fest, daß der Weg zum Stahlhelm und zum Faschismus durch die Sozialdemokratie geebnet werde. (Heiterkeit.) Im Stadtparlament mache man gegeneinander Radau, aber hinterher verziehe man die Beamtensachen zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen und die Hineingeschobenen fressen dann aus einer Buttertruppe. (Stürmische Heiterkeit.) Bürgermeister Mißel sei der reinste Typ eines Sozialfaschisten! Schließlich gab der Kommunist Lange den Deutschnationalen in ihrem Protest gegen den Stadtsyndikus Recht und den Deutschnationalen sagte er, sie sollen sich nicht über den Stadtsyndikus aufregen!! Für die sozialdemokratische Fraktion unterstrich Genosse Platau die Ausführungen und Feststellungen des Oberbürgermeisters. Platau betonte, daß es in Berlin durchaus auch deutschnationalen Bezirksbürgermeister gebe, deren politischer Takt und politische Tätigkeit auf die Herren fallen könnte. In den Ausführungen des Stadtsyndikus sähen die Sozialdemokraten keine Herabsetzung des Beamtenstandes. Schließlich sei doch aber festzustellen: Das Niveau, aus dem heraus die Deutschnationalen ihre Anträge formulieren haben, hat sich in einer Versammlung von Beamten des städtischen Viehhofes gezeigt. Unter der Beteiligung von rechtsradikalen Stadtverordneten, die sogar noch bei der Stadt beamtet sind, hat man den Stadtsyndikus als Lump, Stroch, Lausungen bezeichnet. Ein Tierarzt hätte erklärt, daß er eine Krugel für Lange für zu schade halte. Genosse Platau kennzeichnete dann noch unter dem Beifall der sozialdemokratischen Fraktion die Unterstützung der Deutschnationalen durch den Kommunisten Lange. — Ueber den Antrag der Deutschnationalen, dem Stadtsyndikus Genossen Lange das Personalreferat zu entziehen, fand sogar nach namentlich Abstimmung statt; sie ergab die Ablehnung des Antrages gegen die Stimmen der Antragsteller.

Zum Ausschuss für die Gefrierfleisch O. m. b. H. wurde Stadtsyndikus Sommer (Dem.) gewählt. In den Ausschuss für die Freibädergesellschaften wurden von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Brandt, Gutkunst, Horst und Rhode gewählt. — Aus der langen Reihe der im weiteren Verlauf der Sitzung verabschiedeten Vorlagen ist besonders erwähnenswert die Vorlage betreffend des

### Baues neuer Schnellbahnlagen.

Genosse Kelle berichtete aus dem vorbereiteten Haushaltsausfluß, daß dieser der Vorlage des Magistrats zugestimmt habe. (Vergleiche Bericht im „Vorwärts“ vom Mittwoch früh.) Es sollen also insbesondere Verlängerungen der bereits bestehenden Hoch- und Untergrundbahnlagen gebaut werden. Für die zwei neuen Linien soll zunächst die Konzeption nachgeprüft werden. Die Abstimmung wurde bis Dienstag nächster Woche zurückgestellt.

Bemüht wurden ferner Mittel für den Bau einer Waldschule für den Bezirk Friedrichshain im Walde bei Sodama. Dem Projekt der Lindenstraßenverlängerung wurde zugestimmt.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Vorsitzende dem Stadtsyndikus Genossen Römig zu seinem 60. Geburtstag die Glückwünsche der Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen. Römigs Platz war mit einem Rosenstrauch geschmückt.

## Kommunalpolitische Vortragsreihe

Sonntag, den 14. April, 10 Uhr pünktlich, im Rathaus, Eingang Königsstraße  
Allgemeine Wohlfahrtspflege — Stadtv. Minna Todenhagen  
Jeder Vortrag ist in sich abgeschlossen. Eintritt frei. Parteimitgliedsbuch legitimiert.  
Arbeiterbildungsschule.

## Des Lügners Stolz.

### Ein Monat Gefängnis wegen Beleidigung Hirtliefers.

Die Strafkammer verurteilte den Redakteur Rebe von der „Roten Fahne“ wegen Beleidigung des Ministers Hirtliefers und des Abgeordneten Kloss in einem Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß sich die Beschuldigungen gegen Minister Hirtliefers als völlig ungerechtfertigt erwiesen hätten.

Die Vorgänge, die sich im Juni v. J. am Fronleichnamstage auf dem Eisener Hauptbahnhof abgepielt hatten, beschäftigten nachmals die Große Strafkammer des Landgerichts I. Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtliefers war, als er an jenem Abend mit dem Zentrumsabgeordneten Kloss auf den Berliner D-Zug wartete, von einem gestutzten Ductulanten belästigt worden. Hirtliefers waren entstellte Berichte erschienen, in denen dargestellt war, der Minister sei mit seinem Parteigenossen Kloss auf dem Bahnsteig in Streit geraten und beide seien beinahe handgreiflich geworden. Der Abgeordnete sollte danach dem Minister das Wort „Schweinehund“ zugerufen haben. In der „Roten Fahne“ war diese Schilderung ebenfalls mit der Überschrift: „Ein

# Funkwinkel.

Am Radmittag las Albert Daudistel eine eigene Novelle „Der kleine Bogabund“. Ein Knabe, von toller Sehnsucht in die Ferne gepackt, von toller Sehnsucht nach dem Erlebnis vorwärtsgetrieben, brennt von zu Hause durch. Die phantastische Verheißung des Begriffs „Ausland“ stürzt ihn in ein tollkühnes Unternehmen: der Frankfurter Junge will nach Italien. Am St. Gotthard findet er den ersten unüberwindlichen Widerstand auf seiner Reise — und das erste große Ziel: die Liebe. Der Knabe ist ein Jüngling geworden. Die seine Erzählung hat über die dichterische Gestaltung hinaus Wert und Bedeutung. Sie lehrt Verständnis für einen nicht seltenen Typ des Heranwachsenden. Am Abend wurden zwei musikalische Oratorien von Händel und Bach gesandt. Diese musikalischen Werke mit sehr melodischen Gesangstimmen und unkompliziertem Orchesterfang erwiesen sich viel funktionsreicher als im allgemeinen große geistliche Oratorien oder Opern. Was man vermehrte, war eine musikalische Einführung. Karl Siegle, stellvertretender Vorsitzender des Orchesters der DDB, sprach über „Der Arbeitsnachweis einst und jetzt“. Er schilderte die Entwicklung vom Immigrantennachweis zu den staatlichen Arbeitsämtern. Schon seit 1885 trat die Sozialdemokratie für die Zentralisierung des Arbeitsbeschaffungswesens ein, doch erst nach dem Kriege wurde diese in Angriff genommen. Erst seit wenigen Jahren wird dieses wichtige Gebiet der Sozialpolitik seiner Bedeutung entsprechend behandelt.

„Schweinehund bist du“ erschienen. Wegen Beleidigung war der verantwortliche Schriftleiter zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Angeklagter und Staatsanwaltschaft hatten Berufung eingelegt. Der Wahrheitsbeweis, der angetreten werden sollte, ist ins Wasser gefallen. Die Zeugen haben befunden, daß die Nebenkläger sich gegenüber den Anrempelungen des Geistestranken völlig ruhig verhalten hätten. Der Oberstaatsanwalt beantragte eine Erhöhung der Strafe gegen Redakteur Rebe auf einen Monat Gefängnis.

Der Angeklagte erklärte mitleidig, er erkenne nicht an, daß die heutigen Minister einen Schutz ihrer Ehre verdienten. Er werde sie mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln weiter bekämpfen. Es scheint dem Wamen dabei auch ganz gleich zu sein, ob seine Anwürfe einen sachlichen Grund haben oder nicht.

## Zusammenstoß in der Luft.

### Alle Insassen zweier Wasserflugzeuge getötet.

Zwei italienische Wasserflugzeuge, die in der Nähe des Wasserflughafens Augusta Übungen ausführten, stießen in einer Höhe von 100 Metern zusammen. Alle Insassen, ein Leutnant und drei Mann, fanden beim gleich darauf erfolgenden Absturz der beiden Flugzeuge den Tod.

## Vom Glas zum Glas.

Im Rahmen der Großausstellung „Gas und Wasser“, die vom 19. April bis 21. Juli d. J. in den Messhallen stattfindet, wird auch die Verwendung des Gases in Industrie und Gewerbe an Hand praktischer betriebener Werkstätten und Fabrikbetriebe gezeigt. So sieht man u. a. die Gasverwendung im Nahrungsmittelgewerbe in einer Bäckerei und Konditorei, ferner veranschaulicht die Gasverwendung in der Glasindustrie und im keramischen Gewerbe eine im vollen Betrieb befindliche Glasschmelzhütte, eine Kunstglasbläse und eine Glasbläse für technisches Glas. Eine große keramische Werkstätte vermittelt interessante Einblicke in die technischen Vorgänge dieser Industrie. Die Geschichte des Gases ist eine historisch ungemein interessante. In der Sage der antiken Welt werden die Phönizier und Juden als die Erfinder des Gases gesehrt. Inrus und Antiochien waren Jahrhunderte hindurch die Hauptstädte der Glaserzeugung. Die Glasschulen Deutschlands gehörten schon im 12. und 13. Jahrhundert zu den bedeutendsten Lieferanten der damals „verwöhnten“ Welt. Glanzzeit der deutschen Glasmalerei ist das 14. Jahrhundert. Zwei Jahrhunderte später ändert sich das Bild und das venezianische Glas wurde auf dem Weltmarkt führend, wobei man nicht vergessen darf, daß die Weltverkehrsstraßen damals über Frankfurt a. M. nach Italien liefen und nicht über die Dzyenne der Erde.

Von dem rein dekorativen Glas, zu dem das venezianische in erster Linie zu rechnen ist, kam man in Deutschland bald zum Gebrauchsglas und im Speertat und im Fichtelgebirge entwickelte sich eine leistungsfähige Glasfabrikation. Der „Römer“, über dessen Namensprung man sich noch heute streitet, wurde geboren mit buntem Farbenpiel und feuchtröthlichen Tönen. Mit ihm feierte die rheinische Glasbläse ihren wahren Triumph. Später verlor sie sich in Kunstfertigkeit, die die ohnehin starke Abneigung vieler Menschen gegen das so leicht zerbrechende Glas noch verstärkten. Tropdem ist alle Zeit dem Menschen die Freude am Kunstwert des Gases eigen gewesen und ein „guter Tropfen“ verlangt gebieterisch nach einem Glas, das sich in seiner Eigenart dem Wein anpaßt. Die Kunst der Glasbläse gehört wohl mit zu den schwersten und fürstlich anstrengendsten Berufen. Geschicklichkeit, Feingehühl und Handfertigkeit müssen sich vereinen, falls das zerbrechliche Kunstwerk gelingen. Glühend ergießt sich die flüssige Glasmasse aus den großen Öfen. Menschliche Arbeitstracht gibt ihr Gestalt. Geschöht, ob in der Form von Gläsern, Karaffen, Vasen, Schalen, Tellern, optischen Linsen oder Spielzeug. Unendlich die Variationen der einzelnen Schöpfer. Aus den einst kleinen Hüttenwerken sind im Laufe der Zeit große Industriemere geworden, die mit den neuesten Mitteln der Technik arbeiten. Einen Einblick in die Feinarbeit bietet, wie oben erwähnt, die kommende Ausstellung „Gas und Wasser“, auf der das Gas als gebändertes Element des Feuers im Dienste der Kunstfertigkeit vorgeführt wird. Mehr als auf anderen Gebieten kommt gerade bei der Glasbläse, die schon vor Jahrhunderten das Menschenberuf erzeute, die künstlerische Mannigfaltigkeit persönlicher Schöpfung zum Ausdruck, durch die in erster Linie der Wert des deutschen Kunstglases bedingt und behauptet wird.

**Spielplanänderung.** An der Staatsoper Unter den Linden muß wegen plötzlicher Erkrankung von Vicaluga, der neben dem gleichfalls erkrankten Tino Pattiera die Rolle des Theaterregier sollte, die für heute angelegte Erkaufführung des „André Chénier“ auf den 14. verlegt werden. Heute geht statt „Chénier“ „Tosca“ in Szene. Die gelösten Eintrittskarten behalten Gültigkeit, können aber auch an der Abendkasse bis zu Beginn der Vorstellung gegen Rückzahlung des Kaufpreises umgetauscht werden. — An der Staatsoper am Platz der Republik wird an Stelle der ursprünglich angelegten Vorstellung „Hoffmanns Erzählungen“ (Vorstellung der Volksbühne außer Abonnement) infolge mehrfacher Erkrankungen im Personal „Carmen“ gegeben. Anfang 19 Uhr.

**Einen heiteren Abend** veranstaltet der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit für die Teilnehmer an seinen Reisen und an den Ausflügen der freien Spezialistischen Hochschule am Sonnabend, dem 20. April, 10 Uhr, im großen Saal des Leberechtshaus, an Alexanderplatz. Das Programm bringt u. a. Wieder zur Seele von Räte-Wirbel und heitere Beiträge von Erwin Geddesberg. Mitwirkend Tana. Alle Freunde unserer Arbeit sind herzlich eingeladen. Karten zum Preis von 75 Pf. sind zu haben: Bezirksbildungsamt, Lindenstr. 3, 2. Hof, links II. Tr.; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstr. 7, 2. Hof, links II. Tr.; Buchhandlung F. H. B. Diez Nachf., Lindenstr. 7; Kant der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstraße 65; und an den bekannten Stellen.

**Preiswerter Fischverkauf.** Am Freitag und Sonnabend dieser Woche findet ein preiswerter Verkauf von Karpfen statt. Zum Verkauf gelangen lebende Karpfen pro Pund von 1,10 und 1,20 M. an. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

## Die bedenklichen Wirkungen

auf Herz und Nerven, die viele Menschen beim Bohnenkaffee empfinden, fallen weg, wenn Sie Kaffee Hag trinken. Kaffee Hag ist koffeinfrei und völlig unschädlich. Aroma und Geschmack sind von unübertrefflicher Güte, denn Kaffee Hag ist eine Mischung feinsten central- und südamerikanischer Kaffeesorten. Es gibt keinen besseren Bohnenkaffee als Kaffee Hag. Machen Sie einen Versuch.

## Kommunistenradar im Südosten.

Im Südosten Berlins, an der Umgebung des Kollbusser Damms, kam es gestern wieder mehrfach zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und Polizeibeamten. Bei dem Versuch, einen kommunistischen Demonstrationzug aufzulösen, wurden die Schupo-Beamten tödlich angegriffen. Zwei Beamte erlitten dabei Kopfverletzungen, konnten jedoch nach Anlegung von Notverbänden ihren Dienst weiter versehen. In einem anderen Falle wurde ein Oberwachmeister von einem Demonstranten mit dem Kopfknüttel geschlagen und so schwer verletzt, daß sich seine sofortige Überführung in das Polizeiarztenthaus als notwendig erwies. Insgesamt wurden neun Personen zwangsgewalt und der Abteilung I A im Polizeipräsidium zugeführt.

## Herztkonflikt in Lichterfelde.

### Um die Entlassung Professor Rautenbergs.

Professor Rautenberg, der bisher im Krankenhaus Lichterfelde die innere Abteilung leitete, ist vom Kreisgesundheitsrat wegen Verletzung der Standesbefreiung freistills entlassen worden.

Wir entnehmen einer Korrespondenz, der wir die Verantwortung überlassen müssen, die folgenden Einzelheiten:

Im Stubenrauch-Kreiskrankenhause Berlin-Lichterfelde ist seit zwei Jahren Professor Dönitz, der früher in der Charité angestellt war, als Chirurg tätig. Prof. Dönitz hatte im vorigen Jahr zwei Prostataoperationen durchgeführt, die beide unglücklich verliefen. Infolgedessen erklärte Prof. Dönitz, daß er diese Operationen nicht mehr vornehmen werde. Vor einigen Wochen kam in das Krankenhaus ein Oberpostbeamter, der ebenfalls an einer Erkrankung der Prostata litt und sich um Anraten seines Hausarztes operieren lassen wollte. Der Kranke fragte Prof. Rautenberg um Rat, dieser empfahl dem Postbeamten, sich in das Ritterberg-Krankenhaus zu begeben, da der dortige Leiter, Prof. Bräuning, Spezialist für derartige Operationen sei. Prof. Dönitz wandte sich daraufhin beschwerdeführend an den Kreisgesundheitsrat. Er könne mit Prof. Rautenberg nicht mehr zusammenarbeiten, dieser habe durch Herabsetzung eines Kollegen die ärztliche Standeswürde verletzt. Der Kreisgesundheitsrat teilte Prof. Rautenberg schriftlich mit, daß er sofort seines Postens enthoben sei. Der Kreisgesundheitsrat forderte Prof. Rautenberg auf, sofort das Haus zu verlassen, widrigenfalls man mit Gewalt gegen ihn vorgehen werde.

Man darf gespannt sein, wie sich der Kreisgesundheitsrat zu den erhobenen Vorwürfen äußern wird.

**Reisebegleitungsreise für Jochimsch und Naturkunde S. B. 88.** Reisebegleitung: Sonntag, den 14. April. Wanderung durch das alte Rhodens unter Führung von Lehrer Arno Saker. Mit Vortrag: Aufbau eines Delmoiskulmuseums in Athen. Treffpunkt: Vormittags 9 Uhr am Bahnhof Rhodens. Mitgelder frei. Gölte 0,20 Mark.

**Nagen- und Darmchwäche** machen reizbar und arbeitsunlustig. Nehmen Sie eine Zeilung Reichels Waidpolder-Extrakt Marke Medico, der Ihnen durch seine zarte Anregung der Magenkleinhäute sowie Beförderung der Darmtätigkeit wohlthun wird. In Droge- u. Apotheken erhältlich, aber echt nur in Originalpackungen mit Marke Medico.







Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 12. 4. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 9.5 19 Uhr **André Chenier**

Freitag, d. 12. 4. Städt. Oper Bismarckstr. Fornos I 20 Uhr **La serva padrona** (zur Vorführung)

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 9.1 19 Uhr **Hoffmanns Erzählungen**

Staatl. Schausp. an Seidenstr. A.-V. 8.6 20 Uhr **Karl u. Anna**

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr **Pietro Aretino**

**Renaissance-Theater** Hardenbergstr. 8 Tel.: Steins. 901 u. 2583/84 8 1/2 Uhr Letzte 4 Aufführungen 8 1/2 Uhr Max Pollenberg **„Das große ABC“** von Marcel Pagnol Reg. Gust. Hartung. In Premierenbesetzung.

**Heute: Waltha-Theater** Weinbergsweg 19/20 und folgende Tage 8 Uhr 15 **Das Mädel vom Wedding** von Franz Cornelius Musik v. Fr. Holländer, Gilbert u. a. in der Hauptrolle Fritz Beckmann u. a. im Kabarett: Hildeg. Orlowski u. a. Vorverk. ab 11 U. v. m. a. d. Theaterk. Nach der Vorstellung. Tax. im Waltha-Theaterpark bis 3 Uhr.

**Komische Oper** 8 1/2 **Revue-Posse** **„Von Bettchen zu Bettchen!“** Lachen ohne Ende in 15 Bildern Vorverkauf ununterbrochen.

Gr. Schauspielhaus 8 | Metropoltheater 8 **Künstlerische Leitung: ERIK CHARELL**

**Der liebe Augustin** Anst. Prof. Ernst Stern

**Lustige Witwe**

Alfred Braun Mady Christians Trude Lieske Siegr. Arno Paul Morgan Paul Westermeyer Gustav Matner Winkelstern, Orlik, Fritsch-Sommer, Girls, Boys, Musik. Leitg. Ernst Hauke Sonntag nachm. 3 Uhr. Musik. Vorst. Kleine Preise.

Trude Hesterberg Oskar Karlweis Uschi Elieel. W. Jankuhn H. Junkermann W. Schaeffers Frisco, Kars-Sisters, Beauty Girls, Comedian Boys Musik. Leitg. Rudolf Frank

**DRESDNER BANK**  
Bilanz per 31. Dezember 1928

AKTIVA	RM
Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine, Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken (Clearing-Banken) und unverzinsliche Schecks, Wechsel und unverzinsliche cha. Zahlenscheine	62 747 389,24
Notenguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten Deposits und Lombards gegen börsensichere Wertpapiere	310 343 859,03
Vorschüsse auf verfrachtete oder eingekaufte Waren	114 334 983,40
Eigene Wertpapiere	379 442 426,—
Nichtrealbeteiligungen	1 374 027 722,88
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	28 976 873,13
Schuldner in laufender Rechnung	11 313 453,82
Bankguth.	31 243 608,75
Sonstiger Grundbesitz	858 698 808,61
Mobilien	29 643,04
Pensionfonds-Effekten	400 000,—
	2 294 134,64
	2 346 774 601,84
PASSIVA	RM
Aktienkapital	100 000 000,—
Rücklagen	32 000 000,—
Guthaben	2 112 843 722,33
Akzente	55 488 346,17
Dividenden-Konto	2 300 000,—
Reingewinn	58 961,34
	13 413 872,—
	2 346 774 601,84

**Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1928**

VERLUST	RM
Handlungs-Unkosten-Konto	58 049 188,41
Steuern	7 534 636,45
Reingewinn	13 413 872,—
	78 997 396,86
GEWINN	RM
Vortrag von 1927	496 078,—
Wechsel-, Zinsen-, Sorten- und Zins-scheinen-Konto	36 039 236,74
Provisions-Konto	39 955 167,20
Erträge aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	1 997 729,25
Sonstige Einnahmen	318 586,11
	78 997 396,86

**Volksbühne** Theater am Blümlerplatz 8 Uhr **Trojaner**

Theater am Seiffenbäumchen 8 Uhr **Pioniere in Ingolstadt**

Thalia-Theater 8 Uhr **Oelrausch**

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Pietro Aretino** Staatsoper am Platz der Republik 7 1/2 Uhr **Hoffmanns Erzählungen**

8 1/2 Theater am Seiffenbäumchen. Norden 1141 u. 281. **Pioniere in Ingolstadt** (Soldaten u. Dienst-mädchen) v. Marie-Luise Pfeiffer Regie: Jakob Geiß. Bühnenbilder: Kaspar Neher.

8 1/2 Theater des Westens. Sonntags 3 1/2 und 6 1/2 Uhr **Der größte Erfolg Berlins Friederike** Wulf von Cebas Erlis v. Thellmann Karl Siegler, Staatsopern-Solisten Brüll, Dora, Schwermann, Reg. Koffe ununterbr. Sonntag, 9.31 u. 7.18

Deuts. Künstler-Th. 8 1/2 Uhr **Pottasch und Perimutter als Detektiv** Paul Gröts, Karl Bittlinger.

# Auch dieser Mantel

modern, flott geschnitten, in der beliebten karierten Ware, elegant mit Kunstseide verarbeitet, ist für den niedrigen Preis von

**nur M. 59<sup>00</sup>** ein Gegenstand steter Bewunderung und großer Nachfrage.

In der Tat! Eine von unseren Rekord-Leistungen, die man umso mehr bestaunt, je weniger man sie sich erklären kann.

Sicherlich auch der richtige Mantel für SIE!

Er wartet Ihrer —

# GEHEN SIE ZU

**Königstr. 33** **Chausseestr. 113**  
Am Sht. Alexanderplatz **Beim Stettiner Bahnhof**



Nachdruck von Wort und Bild verboten!

**SCALA**  
8 Uhr 8 5 Barbarossa 9256 **GROCK** und das große April-Programm **Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen** 3<sup>o</sup> und 8 Uhr — 3<sup>o</sup> ermäßigte Pr.

**PLAZA**  
Am Kaiserhof Platz Alex. 5086-88 **Täglich 5, 8 1/2, Sonntag 2, 5, 8 1/2 INTERNAT. VARIETE** Karten & Tage im voraus

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr Lotariner Straße 37. **Der neue Schlagert! „Eine ungeliebte Frau“** und ein erstklassiger bunter Teil. Für unsere Leser Gutscheine für 1-4 Pfr. -Pauteul nur 1.15 Mk., Sessel 1.65 Mk. Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 Mk

**Theater a. Kottbuser Tor** Kottbuser Str. 1. Tel. Wpl. 10977 **10 Jahre Elite-Sänger** Jubiläums-Programm unter der Devise „Sine schilleris Vobis“

**Winter Garten**  
8 Uhr • Janr. 2019 • Baden erloscht **DODGE TWINS** Die berühmten Revue-Zwillinge **BERNARD & RICH** Tanzsensation **HARU ONUKI** Japanische Opera-Diva und weitere internationale **Varieté-Berühmtheiten** **Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen** 3<sup>o</sup> und 8 Uhr. 3<sup>o</sup> kleine Preise.

**Lessing-Theater** Täglich 8 Uhr **3 x Hochzeit.**

**Thalia-Theater** Dresdenstr. 72-74. 8 Uhr **„Oelrausch“**

**Reichshallen-Theater** 10. 11 Uhr. Sonntag Nachm. 11 Uhr **Stettiner Sänger** Zum Schluss: „Sine schilleris Vobis“ Nachm. halbe Preise. 8000 Zuschauern. Zeitr. 11 283 **Dönhoff-Brattli** 10 Nummern! Einzel-Tas.

**Deutsches Theater** D. I. Norden 12 310 1 U. Ende nach 10 1/2 **Die lustigen Weiber von Windsor** von Shakespeare Regie: Heinz Hilpert

**Kammerspiele** D. I. Norden 12 310 7 1/2 U. Ende geg. 10 **Zum 1. Male Jusik** von Ossip Dymow. Regie: Heinz Hilpert Bühnenbilder: Erich E. Stern. Bühnenmusik: Pentscho Waldiger u. a.

**Die Komödie** 11 Bismck. 2414/7516 8 1/2 U. Ende geg. 10 **Wann kommt Du wieder?** Komödie von S. Maugham. Regie: Gustaf Gründgens

**Barnowsky-Bühnen** Theater in der Klinggräber Straße Täglich 8 1/2 Uhr **Rivalen**

**Komödienhaus** Heute 7 1/2 Uhr **Zum 1. Male Charleys Tante** mit Curt Bont. Theater am Jollendorferplatz Täglich 8 1/2 Uhr **Revotte im Bräutigamshaus**

**Kleines Theater** Täglich 8 1/2 Uhr **Curt Goetz, Valerie v. Marient Ferd. v. Allen** in **„Trio“** Ab 13. April kurzes Gastspiel **Wl. Gaidarow, Olga Gzowskaja** vom Moskauer Künstler-Theater in **Herr Lambertier.**

**Planetarium am Zoo** (einmal, Justiertag) Noll. 1578 16 1/2 Uhr Sternhimmel des Frühjahrs 18 1/2 Uhr Sternbilder und Weltbau 20 1/2 Uhr Wunder des südlichen Himmels Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf. Mittw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Lustspielhaus** 8 1/2 Uhr **Gaudo Thiescher** **Weekend im Paradies**

**Berliner Theater** Direkt. Heinz Herald Charlottenstraße 96 A. 7. Dönhoff 170 Anf. 8 U., Ende 10 U. **Helden** von Bernard Shaw

**Gesunden Schlaf kräftige Nerven** verschafft bei längerer Kur **Baldorin** U.Z. 342687. Man achte auf den gez. gesch. Namen. Zu haben in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, welsen wir Verkaufsstellen nach Otto Stumpf A.-G. Chemnitz

**Für den Kenner Steinmetzbrot** mit der ganzen Mähekräft und den Vitaminen des Getreides in reiner Form. Das Getreide wird nach dem Steinmetz-Verfahren vor der Vermahlung gewaschen und enthüllt. Darum der wichtige Geschmack und das feine Aroma, das dieses Brot vor allen anderen auszeichnet. Ferner unsere anerkannten Spezial-Brötchen und das sorgfältige Landbrot. **Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N 65** Straße: 2403, 2750, 3213, 3327 **Größtfl. in etwa 6000 Verkaufsstellen Berlin u. der Provinz**



# Rentable Autoproduktion.

## Der Fall Horch. — 8 Prozent Dividende. — Sinkende Kosten — steigende Umsätze.

Die Frage, ob die deutsche Autoproduktion unter den neuen Konkurrenzverhältnissen, wie sie durch den Fall Opel geschaffen worden sind, rentabel sein kann, ist wichtig. In dieser Situation ist der Jahresabschluss der Horchwerke A.-G. in Zwickau interessant; er ist besonders interessant, weil die Horchwerke A.-G. in diesen Tagen der Öffentlichkeit über ihre Arbeit besondere Informationen gegeben hat. Nach drei dividendenlosen Jahren hat Horch 1928/27 auf ein Kapital von 3 Millionen 8 Proz. Dividende verteilt, und für 1927/28 wird dieselbe Dividende auf ein um 2 Millionen auf 5 Millionen erhöhtes Kapital gegeben.

Die Horchwerke beschäftigen heute 2500 Arbeiter und Angestellte; sie produzieren nur einen einzigen Typ, den bekannten Achtzylinder-Horch, die tägliche Produktion beträgt 14 bis 16 Wagen, das ist ein Viertel des Wertes der gesamten deutschen Autoproduktion und ein Viertel des Wertes aller Wagen der entsprechenden Konkurrenzklasse. Nach Mitteilungen der Horchwerke betrug der letzte Umsatz 28 Millionen Mark nach rund 22 Millionen und rund 16 Millionen in den beiden vorhergehenden Jahren. Um 30 bis 35 Proz. bei der Umsatz in den letzten Jahren jeweils gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Der Umsatz entspricht dem 5fachen des Aktienkapitals; zum Vergleich interessieren die Zahlen für Daimler und auch für Adler mit etwa dem Dreifachen.

Ganz zweifellos ist der Gewinnabschluss von Horch auch unabhängig von der Dividende günstig zu nennen. Der Rohproduktionsgewinn ist von 2,58 Millionen auf 3,80 Millionen gestiegen. Bei weitem nicht entsprechend der Umsatzsteigerung um ein Drittel erhöhten sich die Generalumsätze von 1,56 Millionen auf 1,9 Millionen. Der ausgewiesene Gewinn aber ist trotz der um eine halbe Million von 0,33 Millionen auf 0,85 Millionen erhöhten Abschreibungen von 0,32 Millionen auf 0,57 Millionen gestiegen.

Dabei kann man nicht sagen, daß die Horchwerke sich im vergangenen Jahre in größerem Umfange, etwa entsprechend der Produktionsvermehrung, verschuldet hätten. Die Altverschulden sind fast um 1 Million auf 0,18 Millionen gesunken, und wenn Bankschulden (5,74 Millionen gegen 3,28 Millionen) und Gläubigerforderungen (6,46 Millionen gegen 4,63 Millionen) auch von rund 8 Millionen auf rund 12 Millionen Mark zusammen gestiegen sind, so sind unter den Bankschulden beträchtliche Käuferschulden, während auf der Aktivseite die Forderungen um 1 Million auf 2,76 Millionen gestiegen sind; alle Material- und Lagerwerte zusammen sind um über 1 Million mit 8,54 Millionen niedriger bewertet. Vor allem dürfte der Maschinenpark stark verbessert worden sein, denn es werden allein Zugänge von 3,42 Millionen ausgewiesen, die ebenfalls die Vermehrung der Verschuldung in der Richtung erhöhter Leistungsfähigkeit erklären.

In der deutschen Autoindustrie sind rentable Unternehmungen selten. Die meisten Unternehmungen der Autoindustrie betrachten ihre Lage nicht allzu optimistisch. Darum ist es interessant, wie die Horchwerke ihren eigenen Erfolg erklären und wie sie ihn in der Zukunft nach glauben ausbauen zu können. Das methodische Studium aller Wege der Kostenersparnis im Betrieb und aller

Wege der Absatzsteigerung und auch Popularisierung der eigenen Erzeugnisse auf dem Markt sowie die systematische Verwendung der Erkenntnisse in der Produktions- und Betriebsorganisation scheint den Horchwerken das einzige Mittel, erfolgreich auch unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland arbeiten zu können. Kleinhaltung des umlaufenden Betriebskapitals, also Ersparnis von Zinsen, sorgfältigste Bemessung der Produktionsgrößen, also stärkste Ausnutzung der Anlagen, Bemessung der Einkaufsmengen nach der Fabrikationsdauer im einzelnen Fall und die möglichste Niedrighaltung der Lagerbestände aller Art sind dabei das Ziel.

Zur Erreichung dieses Zieles werden weitgreifende Untersuchungen zur Vorausberechnung des Geschäftes und des Absatzes angestellt, und zwar unter Berücksichtigung der Saisonschwankungen. Für sämtliche Betriebsausgaben werden bewegliche Unkostennormen bestimmt, und für die Einhaltung der für alle einzelnen Vorkommnisse vorgegebenen Ausgaben sucht man auch die Mitarbeit der Angestellten sicherzustellen. Nach einzelnen Verkaufsgebieten wird die eventuelle Aufnahmefähigkeit festgestellt, und da man wie in Amerika besonders um fähige Verkäufer bemüht ist, soll auch eine spezielle Verkäuferausbildung ins Auge gefaßt werden. Man sieht, daß es ein in hohem Maße auch wissenschaftliches Verfahren ist, nach dem man die Leistungsfähigkeit der Horchwerke gegenüber dem Konkurrenzansturm in der Welt hochhalten und weiter steigern will.

Es ist nun gewiß fraglich, inwieweit diese Methoden noch Theorie und wie weit sie schon Praxis geworden sind. Zweierlei steht jedenfalls fest. Man dürfte selten die Vernünftigkeit dieses Weges so plausibel gemacht bekommen wie von den Leuten, die bei den Horchwerken diese Arbeiten leisten. Zum anderen ist die Entwicklung der Horchwerke, die bemerkenswerterweise bei Direktoren und Prokuristen seit zwei Jahren einen Abbau in der obersten Leitung kennt, bei den leitenden Angestellten gar keine und beim technischen und kaufmännischen Personal eine dem vergrößerten Geschäft nicht entsprechende Vermehrung, nachweisbar günstig gewesen, was von niemand bestritten werden kann. Es ist also durchaus möglich, daß die Erfahrungen bei den Horchwerken auch für die deutsche Autoindustrie allgemein interessant werden können. Um der Gesamtindustrie zu nützen, wäre es allerdings zweckmäßig, daß besonders die größeren deutschen Autofirmen ihre Erfahrungen in einem viel stärkeren Maße austauschen, als das bisher geschehen ist.

Erstaunlich ist, daß in diesem Werk bei einem stolischen Arbeitstempo früher an sich zwar akzeptable Effektivlöhne herauskamen, daß gegenwärtig aber trotz der bedeutenden Steigerung des Geschäftes die Effektivlöhne gegenüber dem Vorjahre gesunken sind! Es könnte für die besten Absichten der Horchwerke gefährlich werden, wenn das Interesse der Belegschaft an der Arbeit im Werk dadurch sinken würde, daß trotz des zweifellos von neuem verstärkten Arbeitstempes und trotz gleichzeitiger günstiger finanzieller Entwicklung des Wertes die Arbeit nicht die Bezahlung finden würde, die sie verlangen darf.

gang von etwa 8 Proz. Das Sinken der Kaufkraft durch die Arbeitslosigkeit hat sich also offenbar am stärksten gegen die Textilindustrie ausgewirkt. Nebenbei wie die Arbeitslosigkeit muß auch jeder Lohndruck wirken, und die Unternehmer von der Textilindustrie mögen sich merken, daß sie mit ihrer lohnrückenden Sozialpolitik nur sich selber schaden. Das beweist dieses Beispiel.

## Der steigende Güterverkehr. Rückschlüsse auf die Konjunktur.

Seitdem die große Kälte gebrochen ist, tauf auch der Güterverkehr der Reichsbahn wieder mächtig auf. In der Woche zum 30. März wurde mit 160 500 gestellten Wagen die entsprechende Ziffer des Vorjahres zum ersten Male wieder überschritten. Seit der größten Kälteperiode zum 16. Februar hat sich die arbeits-tägliche Wagenstellung von 117 200 auf 160 500 Wagen erhöht; das heißt um nicht weniger als 43 000 Wagen täglich, während in dem sehr viel milderem Vorjahr während der gleichen Zeit nur eine arbeitsfähige Zunahme von rund 10 000 Wagen zu verzeichnen war.

Interessant ist die Frage, ob der gesamte Güterverkehr der Reichsbahn in den letzten Monaten bereits die Vorjahreshöhe wieder erreicht hat. Dieses Moment ist für die Konjunkturbeurteilung durchaus wichtig. Da zeigt sich denn, daß seit dem 27. Januar d. J. bis Ende März insgesamt 7 324 200 Wagen gestellt worden sind gegenüber 7 936 400 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Differenz ist demnach mit rund 600 000 Wagen — was einer knappen Wochenleistung der Reichsbahn entspricht — keineswegs so groß, wie man nach der noch immer riesigen Arbeitslosigkeit erwarten sollte. Wenn man diese Ende März bereits abschließenden Ziffern zugrunde legt und die verhältnismäßig geringe Differenz des Güterverkehrs gegenüber dem Vorjahr, so braucht die Konjunktur und die Entwicklung des Arbeitsmarktes keineswegs pessimistisch betrachtet zu werden. Die überraschend gute Beschäftigung der Schwerindustrie weist auch in diese Richtung.

## Riesengewinne aus Schallplatten. 20 Proz. Dividende bei Polyphon und Lindström.

Die 1927 erzielten Rekordgewinne des stärksten deutschen Schallplattenkonzerns, der Polyphon A.-G. in Leipzig, werden durch das glänzende letzte Betriebsjahr noch in den Schatten gestellt.

Das Unternehmen, das im letzten Jahr sein Kapital von 10 auf 17 Millionen heraufsetzte, konnte schon im Vorjahr schon verdoppelten Betriebsüberschuss im letzten Jahr weiterhin von 4,6 auf 6,5 Millionen steigern. Dagegen sind die Handlungsunkosten trotz der erheblich verstärkten Produktionsleistungen der Betriebe von 2,4 auf 2,1 Millionen gesunken worden. Der Reingewinn ist mit 3,1 Millionen gegen 1927 um weit mehr als 60 Proz. gestiegen und hat sich gegenüber 1926 sogar verdreifacht. Die Aktionäre, die im vorigen Jahr 14 Proz. Dividende erhielten und außerdem aus der Kapitalerhöhung durch sehr billige Lieferung der neuen Aktien hohe Sondergewinne bezogen, werden diesmal mit einer Dividende von 20 Proz. beglückt.

Die Finanzverhältnisse bei dem Konzern sind nicht nur wegen der Kapitalerhöhung, sondern weit mehr noch wegen der laufenden hohen Betriebseinnahmen glänzend. Während die Schulden sich mit 3,7 Millionen sogar etwas verringert haben, ist das Bankguthaben mit mehr als 12 Millionen fast um das Sechsfache angewachsen. Außerdem werden noch Forderungen und Wechsel mit 11,5 Millionen in doppelter Höhe der letzten Bilanz ausgewiesen.

Die Gesellschaft, die nach außen hin als rein deutsches Unternehmen erscheint, tatsächlich aber über die englische Brunswick-Gesellschaft mit dem amerikanischen Schallplattenkonzern, der Victor Talking Comp. eng verflochten ist, wird bei der Aufzählung der neuen Tonfilmproduktion eine wichtige Rolle spielen. Das Unternehmen hat sich zu diesem Zweck mit dem AEG- und Siemens-Konzern zusammen an der Klangfilm G. m. b. H. beteiligt, die mit dem Deutschen Tonfilmverband zusammen sowohl den Apparatebau wie auch die Patentverwertung für Tonfilme beherrscht. Da in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres die Umsatzsteigerung sich fortgesetzt hat, wird der Abschluß für 1929 um nichts schlechter ausfallen als im letzten Jahr. — Zu gleicher Zeit wird bekannt, daß auch die Berliner Schallplattenfirma, die Lindström A.-G., für 1928 eine Dividende von 20 Proz. zahlen wird. Der Geschäftsbericht dieses Unternehmens steht noch aus.

Die Rohelisenproduktion im März. Wie die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ mitteilt, stieg die Gesamtproduktion der deutschen Hochöfen im März von 0,98 auf 1,06 Millionen Tonnen Rohelisen. Die Produktionsziffer im März 1928 betrug demgegenüber 1,17 Millionen Tonnen. Da der Februar nur 28 gegenüber 31 Arbeitstage im März aufwies, ist die arbeits-tägliche Gewinnung mit 34 233 Tonnen im März um 2,4 Proz. niedriger als im Vormonat.

Herr Norden wieder Vorsitzender in der Beratungskommission. Die „Konjunktur-Korrespondenz“ mitteilt, hat Ministerialdirigent, Geheimrat Regierungsrat Norden, am 1. April seine Tätigkeit im Reichsfinanzministerium und als Vorsitzender der Beratungskommission für öffentliche Auslandsanleihen wieder aufgenommen. Herr Norden hatte sich beurlauben lassen, um im Vorstand der Zentralbank Deutscher Industrie A.-G. tätig zu sein und, wie mit Sicherheit zu vermuten war, auf Dauer auch dort tätig zu bleiben. Die Meldung von seiner Rückkehr in die alte Funktion kommt deshalb überraschend. Man hört aus industriellen und auch aus Bankkreisen, daß man sich je länger, desto weniger von der Zentralbank Deutscher Industrie A.-G. und ihren Arbeitsmöglichkeiten verspricht. Wir muhten kürzlich von dieser Bank im Zusammenhang mit den kritischen Bemerkungen der Sächsischen Landesparlamentarier als einem Institut sprechen, dessen Gründung wohl besser unterlassen worden wäre. Ob die Rückkehr von Herrn Geheimrat Norden in sein Amt in diesem Sinne zu verstehen ist?

Hirsch-Kupfer bis zum Herbst voll beschäftigt. Die Verwaltung des großen Berliner Metallkonzerns, der Hirsch, Kupfer- und Raffinerie A.-G., die 1928 ihre Dividende von 6 auf 9 Proz. erhöht hat, nahm auf der gestrigen Generalversammlung zu den Ereignissen am Kupfermarkt eingehend Stellung. Die Verwaltung vertritt die Ansicht, daß der deutsche Konsum den weiteren Borgängen mit Ruhe entgegensehen kann, da er sich zum größten Teil zu Preisen eingedeckt hat, die auch nach den letzten schmerzlichen Rückschlüssen unter den jetzigen Weltmarktpreisen liegen dürften. Der Hirsch-Kupfer-Konzern selbst sei in der Lage gewesen, sich weit unter 20 Cent — der höchste Preis lag in den letzten Wochen bei 24½ Cent je Pfund — einzudecken. Die Entwicklung in den ersten Monaten des neuen Jahres hat bei Hirsch-Kupfer gut eingesehen und der vorliegende Auftragsbestand sichert eine normale Beschäftigung auf vier bis fünf Monate.

# Wirtschaft der Staatszechen.

## Kapitalerhöhung der Preußag von 100 auf 140 Millionen.

Die Preussische Bergwerks- und Hütten-A.-G., das staatliche Montanunternehmen, weist in seinem Abschluß für 1928 einen fast unveränderten Betriebsgewinn in Höhe von 19,7 Millionen Mark aus. Der Reingewinn liegt mit 6,6 Millionen Mark etwa 1 Million niedriger als im letzten Jahr, so daß auch die Dividende auf das 100 Millionen Mark betragende Kapital von 5 auf 4 Proz. ermäßigt wird.

Wie die Verwaltung im Geschäftsbericht mitteilt, hat sich die Entwicklung in den einzelnen Betriebszweigen des Unternehmens uneinheitlich gestaltet. Die Kalibergwerke, deren Produktion von 0,62 Millionen Tonnen auf 0,71 Millionen Tonnen stieg, haben sehr gut gearbeitet. Auch der Kohlenbergbau konnte seinen Abgang auf der Höhe des Vorjahres halten, jedoch ist die Gewinnspanne zurückgegangen. Der Ertrag im Erzbergbau und bei den Hütten lag wegen der sehr niedrigen Blei- und Zinkpreise im letzten Jahr gleichfalls unter den Ergebnissen von 1927. Im einzelnen ist der fräftige Aufschwung der Steinkohlenförderung bei der Zeche Abbenbüren zu erwähnen, die um rund 25 Proz. auf 450 000 Tonnen stieg. Dagegen litten die Oberschlesischen Hüttenwerke in Ostschlesien und Katowice besonders im letzten Vierteljahr der Berichtszeit unter dem Druck der schlechten Konjunktur.

Die Rationalisierung der Betriebe wurde im letzten Geschäftsjahr weiter durchgeführt. Für die Umstellung und den Ausbau der Werke wurden in den letzten fünf Betriebsjahren seit der Uebernahme durch die Preußag mehr als 67 Millionen angewendet, davon allein im letzten Jahr rund 18,5 Millionen Mark. Nach den bisher vorliegenden Schätzungen werden für die weitere Durchführung des Neubauprogramms noch etwa 20 Millionen Mark beansprucht. Die Rationalisierungskosten des letzten Jahres wurden mit 8,3 Millionen Mark fast zur Hälfte aus Abschreibungen gedeckt und der Rest dem ständigen Mitteln der Gesellschaft entnommen. Die Belegschaft ist mit 30 924 Mann einschließlich der Angestellten unverändert geblieben.

Sehr eingehend befaßt sich der Verwaltungsbericht mit den laufenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, wobei auf die Gefahren eines polnischen Kohleneinfuhrkontingents für Oberschlesien hingewiesen wird. Die Verwaltung betont, daß ein Kontingent in annähernd dem Umfange, wie er bei den letzten Verhandlungen genannt wurde, für das deutsch-oberschlesische Bergwerk- und Hütten-A.-G. sei bei der Bewilligung des Kontingents mit einer Entlassung von etwa 8000 bis 9000 Arbeitern zu rechnen. (Preußen hat hier als Zeicheninteresse sicher auch mit dem Vergrößerungsglas geschaut. D. Red.)

Auch zur Frage der Kalipreise wird Stellung genommen. Betont wird, daß eine Ermäßigung der Kalipreise bei dem heutigen billigen Preisstand kaum eine Berechtigung habe und daß eine Ermäßigung auch wegen der letzten Lohnverhöhung und Arbeitslosig-

keitsverlängerung für die Industrie nicht tragbar sei. Demgegenüber müssen wir allerdings sagen, daß eine solche Behandlung der Frage nur für die Anspruchslosigkeit der Preußag-Verwaltung spricht; es wäre immerhin denkbar gewesen, daß die Preußag sich nicht nur negativ zur Preisfrage hätte äußern können. Es gibt nämlich allerlei Wege, eventuell auch unabhängig vom Preis, die Düngeeinbindung zu verbilligen. Die Kohlenindustrie gehört heute zu den rentabelsten Industrien Deutschlands. Diese Tatsache wird auch die Preußag nicht abstreiten können.

Auf der Generalversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von 100 Millionen auf 140 Millionen Mark zu erhöhen. Die Aktien werden von der Besondere Elektrizitäts- und Bergwerks-A.-G. (Bebag), einer Finanzierungs-gesellschaft der preussischen staats-eigenen Betriebe, übernommen.

## Hansabund „spart“ weiter. Ein zweiter Denkschriftenband.

Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie veröffentlicht den zweiten Band seiner Denkschrift „Einsparungsvorschläge zum Reichshaushaltsplan 1929“. Die Darlegungen des zweiten Bandes der Denkschrift suchen zu belegen, daß 180 Millionen Ersparnis durch die Heranziehung unberücksichtigt gelassener Einnahmen einmaliger, also außerordentlicher Art, eröffnet werden können. Weiter beschäftigt sich der Band mit der Kassensituation der Arbeitslosenversicherung, der Kanalfrage, sowie der Umgestaltung der Reichshaushaltsordnung. Naturgemäß haben bei der jetzigen politischen Lage die neuen Veröffentlichungen des Hansabundes größtenteils nur mehr historische Bedeutung.

## Massenkaufkraft und Textilindustrie.

Die deutschen Textilunternehmer sind besonders scharf in der Verfolgung sozialreaktionärer Absichten. Daß dies nicht in ihrem Interesse liegt, beweist wieder einmal eine Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung. Danach hat sich im Vergleich zum vorigen Jahre trotz der bedeutend höheren Arbeitslosigkeit in den beiden ersten Monaten dieses Jahres der Umsatz des Einzelhandels im ganzen nicht wesentlich verringert. Das gilt aber nur für die Gesamtheit des erfahren Einzelhandels. Eine sehr starke Verringerung des Umsatzes aber wird vom Textil-einzelhandel gemeldet, also von jenen Kreisen, die nicht den allerdringlichsten, sondern ausschließlichen Massenbedarf betriebligen. Die Damen- und Mädchenkonfektion weidet für Januar und Februar dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahre einen Umsatzrückgang von 15 Proz. und die Herren- und Knabenkonfektion einen Rück-



# Gewollte Tarifunfähigkeit.

## Wichtiger Entscheid des Reichsarbeitsgerichts.

Die Norddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller stand am Mittwoch vor dem Reichsarbeitsgericht in einer Klagesache, die die Angestelltenverbände erhoben hatte. Es handelt sich um den Gehaltstarif der Angestellten der See- und Schiffswerften. Der Streit geht bis auf das Jahr 1924 zurück. Damals wurde ein Schiedsspruch gefällt und für verbindlich erklärt. Die Unternehmer forschten die Verbindlichkeitserklärung an.

Durch verschiedene Winkelzüge haben es die Unternehmer immer wieder verstanden, die Angelegenheit zu verschleppen. Der letzte Schiedsspruch, der wieder verbindlich erklärt wurde, ist vor einem Jahre gefällt worden. Darnach verließen die Unternehmer auf dem Umwege, sich für tarifunfähig zu erklären. Sie seien innerhalb des Gesamtverbandes nur ein nicht rechtsfähiger Verein. Dazu sollte das Reichsarbeitsgericht in Übereinstimmung mit den Vorinstanzen eine Entscheidung, die die Revision der Unternehmer zurückwies. In der Begründung, die der Vorsitzende Senatspräsident Degg gab, heißt es:

„Es handelt sich hier um die Frage sogenannter gewollter Tarifunfähigkeit. Eine solche gewollte Tarifunfähigkeit ist dem Sinne, als ob es lediglich vom Willen der Partei abhängt, Tarifverträge abzuschließen oder nicht, kann nicht anerkannt werden. Die Tarifunfähigkeit hängt lediglich von objektiven Voraussetzungen ab, die dem Gesetz zu entnehmen sind. Sind die Voraussetzungen der Eignung gegeben, dann bleibt die Tarifunfähigkeit und es kann nicht durch besondere Bestimmungen die Tarifunfähigkeit der Vereinigungen eingeschränkt werden, etwa mit dem Vorbehalt, daß es zu den Aufgaben der Vereinigung gehöre, nur spezielle Arbeitgeberinteressen gegenüber der Arbeitnehmererschaft zu vertreten.“

Wo die Voraussetzung der Tarifunfähigkeit überhaupt gegeben ist, ist auch die Tarifunfähigkeit gegeben und es müssen auch Tarifverträge abgeschlossen werden. Daraus ergibt sich in dem hier verhandelten Falle, daß die Tarifverträge durch Sachungsbestimmungen, die den Abschluß von solchen Verträgen ausschließen sollten, nicht beeinträchtigt werden können.“

Dieser Urteil ist von großer Tragweite, weil verschiedene Unternehmerverbände in der letzten Zeit auf den Ausweg verfielen, sich für „tarifunfähig“ zu erklären, um sich dadurch von der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu drücken. Das Reichsarbeitsgericht erklärt, daß, wenn eine Unternehmervereinigung besteht, diese sich nicht durch irgendwelche Sachungsänderungen freimachen kann von der Pflicht, Tarifverträge abzuschließen.

# Konflikt im Konditoreigewerbe.

## Die Unternehmer provozieren ihn.

Seit Wochen schon bemüht sich der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter um den Abschluß eines Mantel- und Lohnstarifes für das Personal in den Berliner Konditoreien. Die Unternehmer weigern sich hartnäckig, den Manteltarif auch nur in einem Punkte zu verbessern oder gar die Löhne zu erhöhen. Sie behaupten, daß der Lohnanteil am Produkt 28 bis 41 Proz. betrage und sie schon deshalb nicht die geringste Lohn-erhöhung gewähren könnten. Dabei erhält z. B. ein über 22 Jahre alter Konditorgehilfe einen Tariflohn von 46 M. und eine vierjährige Angestellte 20 M. In vielen Betrieben wird das Personal jedoch über Tarif bezahlt, so daß also eine Ausbesserung der Tariflöhne zum größten Teil einer Annäherung der Tariflöhne an die tatsächlich gezahlten Löhne gleichkäme.

Die Unternehmer wollen hauptsächlich deshalb weiter nach freiem Ermessen höher als die Tariflöhne festsetzen können, um für diese geringe Mehrbezahlung unbezahlte Heberarbeit zu bekommen. Unbezahlte Heberarbeiten sind infolge dieser „Individuellen“ Bezahlung im Konditoreigewerbe keine Seltenheit.

Eine Versammlung der Funktionäre der Konditoren befaßte sich dieser Tage mit den Angaben der Unternehmer über den Lohnanteil und erklärte die Behauptung der Unternehmer für stark übertrieben. Die Funktionäre sind bereit, die Kalkulation der Unternehmer nachzuprüfen und mit ihren Feststellungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Mit solchen Angaben können die Unternehmer vielleicht bei der Steuerbehörde Eindruck erwecken, aber nicht bei den in den Betrieben Beschäftigten. Die Funktionäre beauftragten die Organisation, alles vorzubereiten, um den einzelnen Unternehmern, wenn die weiteren Verhandlungen ebenfalls zu keiner Verständigung führen sollten, die Forderungen in einer opportunistischen Weise zu unterbreiten und dann mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen.

# Morgen Urwahl im Sattlerverband!

Erst vor ein paar Wochen hat die Mitgliedschaft bei der Urwahl der Angestellten ihr Urteil gesprochen und der Amsterdamer Richtung einen vollen Erfolg gebracht. Morgen, Samstag, wird in der Zeit von 1 bis 6 Uhr in den bekannten Lokalen die Urwahl der Delegierten zum Verbandstag vorgenommen. Wiederum hat die sogenannte Opposition den Auftrag der KPD. entgegengenommen und eine besondere Liste aufgestellt.

Über nicht, wie sie es wollte, unter der falschen Flagge „Opposition“, sondern durch Generalversammlungsbefehl beim richtigen Namen genannt, muß sie als Liste Moskau erscheinen.

Niemals mehr darf die auf den Dummenhang ausgehende Clique, die in der letzten Generalversammlung erneut den Beweis für ihre Ideiosität und unverantwortliche Zerstückelungspossession gebracht hat, irgendwelchen Einfluß gewinnen. Gegen den Widerstand der Kommunisten hat die Verwaltungsstelle der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers einen ehrenvollen Platz innerhalb der Berliner Gewerkschaften errungen. Auch die Wahl der Delegierten zum Verbandstag muß, wie bisher, die unabhängige, vom Parteieinfluß der KPD. befreite gesunde Gewerkschaftsarbeit zum Erfolg führen, und dafür bürgen die aufgestellten Kandidaten. Deshalb jede Stimme für die

Liste Amsterdam:

A. Blume, B. Osten, C. Schütte, A. Wiska, W. Hohls, E. Vinkowki, D. Strauß.

# Deiter belätigt sich.

## Er verheißt Arbeiter und bringt sie ins Unglück.

Die Vorfälle in dem Werk der Verkehrs-A.G. in der Seestraße, über die wir in unserer Morgenausgabe vom Mittwoch eine ausführliche Darstellung der Direktion der Verkehrs-A.G. brachten, geben der „Rote Fahne“ Veranlassung, ihre lägenhafte Beredung der Tatsachen noch zu überbieten. Befanlich sind auf Veranlassung des kommunistischen Arbeiterschödlings Deiter 16 Arbeiter, statt ihren Urlaub anzutreten, entgegen der Anweisung der Betriebsleitung in den Betrieb zurückgekehrt, wo sie ihre Kollegen persönlich anzurempeln und mit Lätlichkeiten bedrohten. Von den Bedrohten — und nicht von der Direktion, wie die „Rote Fahne“ behauptet — ist deshalb Anzeige bei der Polizei erstattet worden.

Die Kommunisten scheinen des Glaubens zu sein, daß Sozialdemokraten und gewerkschaftlich Organisierte Feind sind und daß man sie unbestraft meuchlings ermorden könne, wie diese „revolutionären Unorganisierten“ unsere Genossen Paetz und Heinrich ermordet haben. So weit sind wir noch nicht! Wenn die Bedrohten die Polizei anrufen, so hat diese die Pflicht, sie in Schutz zu nehmen.

# Tarifverhandlungen bei der „Beret“.

Die Gehalts- und Arbeitsbedingungen der Angestellten des städtischen Unternehmens Berliner Anschlag- und Kellamwesen, G. m. b. H., sind nicht tarifvertraglich geregelt. Der Zentralverband der Angestellten hat daher am 2. Oktober 1923 den Abschluß eines Tarifvertrages unter Ansehung an den städtischen Angestellten-Tarifvertrag beantragt.

Nachdem in direkten Verhandlungen keine Verständigung erzielt werden konnte, wurde der Schlichtungsausschuss angerufen, der am 18. Januar einstimmig beschlossen hat, daß die „Beret“ einen Tarifvertrag auf der Grundlage des 4. Angestellten-Tarifvertrages für die Stadtgemeinde Berlin mit dem Zentralverband der Angestellten abzuschließen soll.

Trotz wiederholter Verhandlungen ist es durch das Verhalten der Direktion und der zuständigen Deputation zu einem Tarifabschluß bisher nicht gekommen, so daß der Schlichtungsausschuss erneut angerufen werden mußte. Die von der „Beret“ gezahlten Gehälter sind zum Teil um 20 bis 30 Proz. niedriger als die bei der Stadtgemeinde Berlin gezahlten Gehälter. Trotzdem weigert man sich, die berechtigten Forderungen der Angestellten zu erfüllen.

Es wäre wünschenswert, wenn die zuständigen städtischen Verwaltungsgremien die Direktion der „Beret“ veranlassen würden, auch ohne Eingriff der staatlichen Schlichtungsinstanzen, die Verhandlungen nach mehr als sechsmonatiger Dauer endlich zum Abschluß zu bringen.

# Betriebsratswahl bei Alstein.

Von dem 3560 Köpfe zählenden wahlberechtigten technischen Personal der Alstein-Betriebe in der Köchirstraße und in Tempelhof haben sich 89 Proz. der Wähler an der Betriebsratswahl beteiligt. Auf die Liste 1 der freien Gewerkschaften entfielen 1730 Stimmen und damit sieben Betriebsräte und zwei Arbeiterräte, auf die Moskauer Liste 1424 Stimmen und damit sechs Betriebsräte und ein Arbeiterrat. Gegen das Vorjahr hat die KPD. ein Mandat gewonnen.

Bei den 2188 wahlberechtigten Angestellten betrug die Wahlbeteiligung nur 37 Proz. Die Liste der freigewerkschaftlichen Angestellten bekam 953 Stimmen, die der Gelben und Sozialen 200 Stimmen. Unsere Angestellten stellen sechs Betriebsräte und vier Angestelltenräte, die Gegner zwei Betriebsräte und einen Angestelltenrat.

In Gelsenland trat das Post- und Telegraphenpersonal am Mittwoch in einen dreistündigen Demonstrationstreik, um seine Gehaltsforderungen durchzusetzen. Der Streik soll voll eipfehen, wenn die Verwaltung kein Entgegenkommen zeigt. — Am Donnerstag traten 5000 Hafnarbeiter und Seelen in einen dreistündigen Proteststreik gegen die Gründung eines Rüstenschiffbauwerks.

# Aus der Partei.

Ein Grabmal für Paul Axelrod und Julius Martow wird am 17. April, Axelrods Todesstag, auf dem Friedhof des Krematoriums Gerichtstraße enthüllt, das die Sozialdemokratische Partei Russlands auf dem gemeinsamen Grabe Paul Axelrods und Julius Martows errichtet hat. In diesem „Brudergrab“ wird auch die Urne dreier weiterer Verdächtigten beigelegt: Simon Weinstein, Alexis Kabzan und Leo Eilin.

Der schlichte aber künstlerisch eindrucksvolle Grabstein trägt über den Namen die Aufschrift (in russischer Sprache): „Die S. D. W. P. R. — den im Exil Verstorbenen“.

Die Mittel zur Errichtung des Grabmals sind durch eine besondere Sammlung unter den emigrierten russischen Sozialdemokraten aufgebracht worden. Seine Enthüllung wird durch eine intime Trauerfeier der russischen sozialdemokratischen Kolonie in Berlin begangen.

# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bitte an das Sekretariat der Partei, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

# Aus schmückung der Säle am Internationalen Frauentag

Die Ausschmückung der Säle ist wie folgt geregelt: Thurnstraße, Müllerstraße 142, 3. Kreis, Wedding. Prachtssäle am Märchenbrunnen, 4. Kreis, Prenzlauer Berg. Silkenstraße, Hasenheide, 14. Kreis, Neukölln. Spichernstraße, Spichernstraße 3, 9. Kreis, Wilmersdorf.

Die Abteilungsleiterinnen dieser Kreise sowie der übrigen an den Veranstaltungen beteiligten Kreise werden gebeten, dafür zu sorgen, daß die Fahnen und Banner der Abteilungen ebenfalls mitgebracht werden. Das Frauensekretariat.

13. Kreis Tempelhofer. Schlang! Heute, Freitag, 12. April, 19 Uhr, bei Riemer, Reichardt, Chausseestraße 18. Sitzung des Kreisausschusses.

# Heute, Freitag, 12. April.

- 12. WM. Gruppe Fleißler: Jubiläum heute 30 Jahre bei Frauendirektor, Paul-Finger-Str. 49. Im Stills des erkrankten Genossen Adolph Hoffmann spricht Genosse Oppenheimer über das Thema „Die Bedeutung der Wohlfahrtsfrage für die Arbeiterbewegung“.
- 13. WM. 10 Uhr Versammlung der Bezirksleitung der Schule und Erziehungsfragen im Rahmen der Schule Thurnstraße 14. Vortrag: „Unsere Genossen und Genossinnen.“ Referent: Ritz Henrich.
- 14. WM. 10 Uhr bei Gelske, Brangal, der Pflanzstraße, wichtige Verhandlung.

# Morgen, Sonnabend, 13. April.

15. WM. 10 Uhr im Behlertheim Vosselstraße 13 Jubiläumsvorlesung, verbunden mit einer Sitzung des Bezirksausschusses. Referent: Dr. Hermann Schützler. Gelegenheitsvortrag, Volkshauskreise Kollwitz u. a. m. Eintrittskarten sind bei den Funktionären und Funktionärinnen zum Vorlauf von 60 Pf. zu haben.

16. WM. 10 Uhr im Jugendheim Vosselstraße 13 Jubiläumsvorlesung, verbunden mit einer Sitzung des Bezirksausschusses. Referent: Dr. Hermann Schützler. Gelegenheitsvortrag, Volkshauskreise Kollwitz u. a. m. Eintrittskarten sind bei den Funktionären und Funktionärinnen zum Vorlauf von 60 Pf. zu haben.

17. WM. 10 Uhr im Jugendheim Vosselstraße 13 Jubiläumsvorlesung, verbunden mit einer Sitzung des Bezirksausschusses. Referent: Dr. Hermann Schützler. Gelegenheitsvortrag, Volkshauskreise Kollwitz u. a. m. Eintrittskarten sind bei den Funktionären und Funktionärinnen zum Vorlauf von 60 Pf. zu haben.

# Frauenveranstaltungen.

17. WM. Reichardt-Bez. Heute, Freitag, 12. April, 10 Uhr, im Volkshaus Chausseestraße 14, Funktionärenversammlung.

# Jungsozialisten.

- Gruppe Silber: Heute, Freitag, 12. April, 10 Uhr, im Jugendheim Vosselstraße 13, Arbeiterjugend: „Imperialismus.“ Referent: Dr. Born.
- Gruppe Schürberg: Heute, Freitag, 12. April, 10 Uhr, im Jugendheim Vosselstraße 13, Arbeiterjugend: „Imperialismus.“ Referent: Dr. Born.
- Gruppe Wedding-Geleit: Heute, Freitag, 12. April, 10 Uhr, im Jugendheim Vosselstraße 13, Arbeiterjugend: „Imperialismus.“ Referent: Dr. Born.

# Geburtstage, Jubiläen usw.

- 3. WM. 10 Uhr im Jugendheim Vosselstraße 13, Arbeiterjugend: „Imperialismus.“ Referent: Dr. Born.
- 18. WM. 10 Uhr im Jugendheim Vosselstraße 13, Arbeiterjugend: „Imperialismus.“ Referent: Dr. Born.

# Sterbeliste der Groß-Berliner Partei-Organisation

3. WM. Am 8. April verstarb im Alter von 78 Jahren unser alter Kamerad Genosse Adolph, Ehrenbürgermeister des Berliner Arbeitervereins. In ihm verlieren wir wieder einen treuen und überaus guten Genossen, der bereits unter dem Pseudonym Ritz die Partei verließ. Er wurde feierlich in seiner geborenen Pflanzung am Sonnabend, 10. April, 16 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Wilmersdorf-Str. 100-108, um 16 Uhr.

# Musikaufträge

Übericht mit dem Namen des Deutschen Arbeiterverbandes, Berlin, Rembrandtstraße 69/70. Telefon 877-74. Verkaufsstelle 2-3, Sonnabends 10-11 Uhr. Auf Wunsch: Bestenstellung.

Butter? (1 lb 2<sup>30</sup> Mk.) **Nein!**  
nur noch **Rama** Margarine **butterfein!**  
-ebenso gut-  
mehr als die Hälfte billiger  
(1/2 Pfd. 50 Pfg.)  
und so sparsam im Gebrauch



## Kurt Offenburg: Das Wunder im Ei

(Schluß.)

Sie wandten sich der Dame zu, die vor Entzückung klapperte: „Gott, wie reizend! Haben Sie das gemacht? Fred, sieh doch, wie lieblich dieses Dorf und die Häuschen, Gott, wie reizend!“

Ihr Begleiter war ehrlich begeistert von der funstvollen Arbeit, und Sebastian, erregt über solch Lob, nahm das Ei aus dem Kasten, hob es gegen das Licht, damit die Fremden das abgestufte Farbenspiel genügend bewundern konnten.

In dieser trüben Stube unter dem grauen Mittagshimmel war die zauberhafte Landschaft, die Sebastian in das Kristallgehäuse geholt hatte, wie der Schreierstrom nach einer reineren Welt und Schönheitsverlangen, das nach Erfüllung strebte. Alle Wünsche und alle Hoffnungen des jungen Arbeiters nach einem besseren Sein, wo der schaffende Mensch von der bittersten Not bewahrt bleibt, waren in diesem Wert zu Bild und Form geworden.

„Ach! — bitte, geben Sie es mir ein wenig, ich möchte es ganz in der Nähe sehen,“ und schon streckte die Dame die Hände aus. Sebastian konnte nicht wehren und gab ihr nicht ohne Zittern das Kristallei in die wildlederbehandelten Finger. Sie ging noch näher zum Fenster, um die vielen Einzelheiten ganz genau zu sehen.

„Da fragte der Herr: „Was soll es kosten?“

„Ja — ich möchte es haben.“

„Ich verkaufe das Stück nicht,“ erwiderte Sebastian.

Da aber nannte der Herr eine Zahl und Sebastian erwiderte: für diese Summe müßte er über ein halbes Jahr arbeiten. Doch was soll es?

„Ich verkaufe nicht,“ wiederholte er.

Und der Herr nannte wieder eine Zahl, doppelt so hoch, als die zuerst gebotene Summe, weil er glaubte, der junge Mann wolle einen höheren Preis herauschlagen.

Ein Bächeln ging über Sebastians Gesicht und er schüttelte abermals ablehnend den Kopf.

Wie hübsch so ein Bächeln diesen armen Teufel macht! dachte die Dame. Gut angezogen, wäre er in der Stadt beinahe eine fabelhafte Erscheinung.

Aus der Kammer nebenan klang wieder das höfliche Husten der Frau.

„Ich glaube, es hat doch keinen Zweck, daß man den Leuten hilft, wenn sie sich selbst nicht helfen wollen,“ sagte sie zu dem Herrn und zu Sebastian grunzte: „Ich dachte, Ihre Mutter sei krank?“

Der Herr nannte nochmals die verdoppelte Zahl. Ob Sebastian jetzt zustimmen und damit einverstanden sei?

Da vernahm der Arbeiter wie aus weiter Ferne seine eigene Stimme, die ihm fremd klang, als sie „Ja“ sagte.

Der Herr zählte eine Reihe Scheine auf den Arbeitstisch, wandte sich zu der Dame und sagte, es sei höchste Zeit, daß sie nach G. fähren.

Sebastian kam schweigend das mallegipottene Ei, um das Kleinalt hineinzusetzen, aber die junge Dame konnte sich nicht satt sehen und äußerte den närrischen Einfall, die Miniaturlandschaft auch auf der Fahrt mit der wirklichen Landschaft zu vergleichen. Da der Herr ihre Unvernünftigkeit kannte, ließ er seiner Begleiterin den Blicken und nahm den kleinen Holzkasten unter den Arm.

Vor dem Hause, an der anderen Straßenseite, wartete das Auto. Der Chauffeur ließ den Motor anspringen und fuhr bei, damit die Herrschaften nicht von der Haupttreppe herunter durch den Morast über die Straße zu gehen brauchten. Aber da sagte plötzlich ein Windstoß vom Wald herüber: die Dame griff ängstlich und gewöhnlichmäßig mit beiden Händen nach dem geöffneten Pelzmantel, um ihn über den Schultern zu schließen, und das Kristallei fiel auf die Straße und wurde fast im gleichen Augenblick vom rechten Borderrad des Autos zertrümmert.

Sebastian erblickte und ging ins Haus zurück.

### III.

Leidlich sah er, den bald die Sonne durchbrechen und zerstreuen würde, hing über dem Tal. Sebastian schritt durch den frischen Ostermorgen zur die keine Malldichtung zu, wo er Erntelie und seine beiden Nebenbuhler treffen sollte. Während er des Weges ging, ein kleines, papierumhülltes Päckchen in der Hand, überlegte er: Untreu gegen sich selbst rächt sich immer. Ich hätte das Ei nicht verkaufen sollen. Welch ein Geistes, daß es in den Händen seiner neuen Besitzer so leicht zerbrach! Sie hätten ihr Geld behalten und ich meine Arbeit nicht hergeben sollen. Aber die Mutter... Und Coelme! Wie armwillig werde ich vor ihr stehen mit dem reich bemalten Ei aus Holz; die Fäden sind noch nicht einmal ganz eingetrocknet! Und die Hälfte des Geldes, das ich für sie hineingelegt habe, ist wie ein Haub auf mein vernichtetes Kristallei. Als ob mit Geld gutzumachen wäre, was ich an ihr durch den Verkauf gefehlt habe; als ob diese Scheine da in dem Holze ihr Erblass von der Zauberwelt im zerfallenen Kristall sagen könnten! Weadald bin ich so dumm und gehe hierher?

Er blieb plötzlich stehen, entschlossen umzukehren. Da riefen ihn fast gleichzeitig Franz und Karl an, die beide aus entgegengelegten Richtungen kamen. Sebastians erster Blick, sobald er der Burichen ansichtig wurde, fiel auf das Päckchen, das jeder von ihnen trug.

Sie nahmen Sebastian in die Mitte, der jetzt ohne Sträuben den kurzen Weg mit ihnen ging. Die beiden mochten Scherze und riefen, wer von ihnen wohl die originalste und kunstvollste Arbeit bei sich habe.

„Einer von euch wird Coelme gewinnen,“ sagte Sebastian. „Ich scheide von porzherlein aus; bin eigentlich nur gekommen, weil ich mein Versprechen halten will.“

Da wollten sie näheres wissen, aber Sebastian wiederholte nur, daß er kein Nebenbuhler mehr sei.

Sie warteten erst wenige Minuten an der Baldschung, als sie Coelme schon übermäßig heranzögeln sahen. Der Wind wühlte in der Wandheit ihres Haars, und kaum, daß sie in Aufweite war, begann sie in tollen Sätzen zu lachen und ihre schmale Gesichtsknebel wie ein Haub auf die drei Burichen zu. Mit fliegendem Atem stand sie lachenden Mundes vor ihnen. „Nun, meine drei Ritter, wer trägt den Preis davon? Ich liebe euch alle: das Los, das ihr euch selbst gewählt habt, soll entscheiden.“

Sie nahm die drei Päckchen und ließ ein Stück maldeinwärts. Die Männer schwiegen, sahen sich verlegen an und dann hinunter ins Dorf, während wenige Schritte hinter ihnen die lustige Coelme die drei Boden auspackte und in diesem Augenblick entschled, wenn sie ihre Zuneigung geben würde.

Aber da kam sie schon wieder angerannt, die Geschenke im Arm. Blick wieder vor den Burichen stehen und sagte: „Du, Sebastian, hast mir die schönste und sinnvollste Freude gemacht! Die beiden da, der Franz und der Karl, lassen sich beimgelegen lassen mit ihrem Kinderpielzeug. Hier, nehmt's ruhig wieder mit. Sebastian, du bist mein Liebling.“

Er stand verlegen, wußte nichts zu sagen. Er glaubte, sie triebe einen Scherz mit ihm, denn wie er die Arbeiten — die eines ein Mahagoni-Ei, reich mit Intarsien ausgelegt, die andere: ein metallgehämmertes Osterhase — von Franz und Karl sah, fand er nur bestärkt, woran er nie gezweifelt, daß er vertrieben hätte seit dem Verlust seines Kristallgehäuses. Doch — was ist das? Ist Coelme verrückt geworden und will die beiden anderen ärgern? Sie hängt sich an seinen Hals, läßt ihn und lästert Schmehelworte!

Da kam auf einmal eine große Erleuchtung über Sebastian, und die Erkenntnis und Ernüchterung, die ihn packte, gab ihm die Kraft, Coelme — die er begehrt hatte wie nie einen Menschen — mit einer unwilligen Schulterbewegung von sich abzuschütteln.

Sie konnte sich nicht denken, was geschah und sagte nur erschrocken: „Aber Sebastian!“

Mit lauter Stimme, in der verhalten das Zittern der Erregung schwing, sprach er ruhig, seine Empörung beherzigt: „Ich will sie nicht, sie will nicht den Menschen, nur das Geld. Geld! — will sie, es ist ihr mehr wert als die Arbeit von Monaten. Franz, deine Gabe ist ihr Dreck: hohes Mahagoni, mühsam zum Ei geformt, und Polster und Bienen — und Cedernholz darin eingelegt, das ist nichts für das Fräulein. Karl, dein Geschenk ist Kinderpielzeug — so hat sie doch gelacht? — weil du es aus einem einzigen Metallstückchen hämmern gelernt hast.“ Und zu sich selbst, wie zu einem Dritten: Sebastian, dein Kristallgehäuse und die hineingehauene Welt wäre auch Dreck gewesen! Aber das Geld! — das Geld! — ist mehr als oberhundert durchwachte Nachstunden; Geld ist mehr als Phantasie und Können; Geld ist mehr als Hingabe an Werk! Er konnte sich nicht mehr beherrschen und begann zu schreien: „Hol's der Teufel! Ich bin glücklich, daß der Kristall im Straßenfot zer-

brach! — so hat sie doch gelacht? — weil du es aus einem einzigen Metallstückchen hämmern gelernt hast.“

Das Wort war ein Schauer. Gedrückt aus Beifallen. Aber nun sah er schon einige Jahre in Saragossa — tagsüber auf dem Schneiderisch — und abends unter den Platanen am rauschenden Fluße Ebros. Wo Saragossa liegt! Das wissen Sie doch noch von der Schule her: Saragossa liegt in Spanien, Nordspanien. Saragossa, ein, Ebro. Vom hübschen Kanalarischen Gedrückt der springt er schäumend und flüsternd herab — der junge Prinz Ebro — und in welchem Sturzlauf drauf er seine hundert Kilometer dahin — dem großen schönen Ziele zu: der Hochzeit mit der blauen Seejungfer Mittelmeer. Der Ebro — ein Fluß, der Länge nach etwa wie die Ober. In der Mitte seines Laufes liegt Saragossa, die alte Königsstadt Aragoniens. Aragonien: heute spanische Provinz: groß wie Rheinland-Westfalen. Aber schwach bevölkert, nur eine Million Menschen, gegen zwölf Millionen in Rheinland-Westfalen.

Aragonien, spanische Nordprovinz, Hochsteppe, nur die Täler sind bebaut, künstliche Bewässerungen zaubern paradiesische Gärten hervor, die frühe und blumenduftenden Huertas. Springbrunnen — blütenweiße Landhäuser — wunderbare schöne Senoras und noch schönere Senoritas, überstolze Caballeros — und vergrämte magere Pachabauern. Doch kühn und frei und offen sind die Ansätze der Hirten, die ihre tausendköpfigen Jiegen- und Schafherden über Aragoniens Hochsteppen treiben — die Steppe, sommers verbrannt, winters kalt, im Frühjahr und Herbst aber bunt und grün — in zartblauer Luft treiben die Sperber — und gelbe Steppenholzer tollern durch Gras und Büschen hin in wirbelnden Spiralen. Der Wind singt in einlaunen Klosterzypressen sein trauriges Lied, sein Lied von der Vergänglichkeit aller irdischen Macht. Da — einmal, da war Aragonien eine Macht, eine Königsmacht, die sogar über das rauhe Mittelmeer hinweggriff! — bis nach Sizilien und Neapel hin, aragonische Könige waren um 1400 herum die herrlichen Reapels und Siziliens. Langst vorbei, langst dahin — der Wind singt Totenlieder in den schwarzen Zapfen. Und einsame Ränge hatten im Refektorium ihres Klosters ein sanftes Mittagstischchen, das runde Bäckchen voller Reis und Huhn und Peperoni und Oliven und Blumensantum. Spanien — die Zeit schließt. Aragonien, ein Dornröschen — das vom Prinzen Ebro nicht geweckt wird, Prinz Ebro will die lebensschwimmende Seejungfer, II. Mittelmeer, das wellenatmende Mittelmeer.

Aragonien, in seinem Norden fümt sich auf die schwarze Felswand der Pyrenäen. Im Süden liegt wie ein riesiges grünes Totengerippe die Sierra Iberica, das Iberische Scheidgebirge. Aragonien, sein erster König war Ramiro, etwa um 1035, Ramiro befreite Aragonien vom „Joch“ der Mauren, der Araber: das blutige Christenkreuz verlor die alte maurische Kultur. Aragonien machte einen schlechten Laich, statt der hochentwickelten arabischen Kunst und Wissenschaft brachte das mittelalterliche Christentum — Geiz, Arroganz, Engstirnigkeit, müßiges Dogma, Keckergerichte, Inquisitionen und Scheiterhaufen. Christus, der Kenolter, der mar gut — die späteren Christen tanzten nichts!

Die Araber hatten in Aragonien geherrscht vom 8. Jahrhundert bis um die Wende des 10. Jahrhunderts. Christus, in der Antike, da war Aragonien eine blühende römische Provinz, seine Hauptstadt war Kaiserstadt: Calorea Augusta, daraus wird in der Korruption der altaragonischen Sprache das heutige Saragoza, deutsch: Saragossa! Rom zerfiel, es fielen an seinem lafterhaften Herrentum einerseits und an seinem lebenden Sklaventum andererseits — wilde junge Völkerscharen stürmen, von Norden her, gegen die alt-römische Kulturwelt, von den Ländern der hohen Däise und von der Weidfeld herab, branden die Völkerscharen der Westgoten, schon flüstern sie über die Felsenerrassen der Pyrenäen hinweg — sie überstürmen Aragonien, sie stürmen und plündern Calorea Augusta, Frauen schreien, Mädchen wimmern — die Barbaren vergewaltigen die Schönheit, sie zertrümmern Tempel und Paläste — eine Sturmflut zerbrach Roms unglückliche Kultur. Rauer Barbarenwind wehte über Aragonien — die Westgoten: im Jahre 412 wurden sie die Herren Spaniens. Aber es kamen wieder Südläuf-

spaltierte. Glücklich, glücklich, denn das Schicksal hat mich vor diesem Weib da bewahrt. Ihr Herren Nebenbuhler, nehmt Erntelie und teilt sie auch!“

Mit großen Schritten ließ Sebastian maldeinwärts. Er ahnete tief und schwer, aber allmählich entspannte ein seit langem nicht mehr erlebtes Glücksgefühl seine Brust. . .

Durch die hohen Tannen fiel die helle Sonne, die den Nebel durchbrachen hatte. Sie lag auf dem taugiggrünen Unterholz und den kleinen Schmelzhäuten zwischen den Stämmen wie blankes Silber.

## Walter Jacobi: Nebel

Ueber der nachdunklen Großstadt liegt er mit bleigrauer Schwere. Wie ein dichter Schleier, alles umhüllend, fast einfallend und langsam erdrückend. Und die Augen der Beifahrer, die Lichter, scheinen verdunkelnd, wie von Tränen umspült, zerfließend und sich lösend ins Nichts. Die Lippen der Autos können erschrecken, plötzlich hervorblühend und todverwundend aus dem grauen Unbekannten, in das alles versunken ist. Ihre Lichter sind plötzlich da, groß und wie die tiefenden Augen feuriger Dämonen, die alles zerfliegen.

Und die Menschen hängen dahin wie schwarze Schatten, gespenstergleich. Sie gehen vorbei, ohne einander zu kennen, ohne zu wissen wohin, ins feuchte Grau. Der Nebel legt sich um ihren Körper, umhüllt die Sinne und drückt schwer auf das Herz, daß es sich windet im Kampf. Du möchtest schreien, doch der Ton erstickt in der Kehle, und es bleibt nur ein selbes Wimmern, kaum noch vernehmbar. Ein Stöhnen nach der Sonne und dem Licht und der Freiheit des neuen Tages.

Ein neues Thermo-Element. Ein aus einem Graphitrohr, in das ein Wolframdraht eingelegt und an seinem Ende mit einem Rohr durch einen Wolframkapsel verbunden ist, bestehendes neues Thermo-Element, das es ermöglicht, Temperaturen von einer Höhe zu messen, deren Feststellung bisher nur mit optischen Mitteln möglich war, ist nunmehr praktisch ausprobiert worden. Das neue Element hielt im Vakuumtemperatur von über 1850 Grad aus und in Anwesenheit von reduzierenden Gasen sogar Temperaturen bis 2400 Grad.

## Max Dortu: Saragossa

Blumenstücke, nach einigen Jahrhunderten — im 8. Jahrhundert, wie schon gesagt, kamen die Mauren, die Kräfte: sie war die eigentliche Väterzeit Spaniens und Aragoniens. Der Maure war nie edler und gestifter als der Christ.

Aragonien: Aragonien sind ein Mischel aus Kelten, Iberern und Voternern. Sie haben den fähigen Schnitt des Kalligraphen vom Kelten her. Vom Iberer haben sie die Hautheit. Und vom Voterner den Herrenstolz. Die Zukunft Aragoniens? Die heißt nicht viel. Das Land hat keine Bodenschätze, und im Sommer regnet es nicht. Die klimatischen Verhältnisse haben sich seit Römerzeit verändert — weniger Niederschläge, weniger Wolken. Sommer klarer Himmel bringt nichts Gutes — mein Freund, hüten Sie sich vor zuviel Glück, denken Sie an den Ring des Volcanes.

Saragossa, die Hauptstadt des Generalkapitanats Aragonien, groß wie Eberfeld: 150.000 gehnende Bewohner, im Gegenteil zu den Eberfeldern, die nicht wissen, ob sie dir vor geschäftlicher Eile ein Antwort geben sollen — oder nicht. Saragossa, monon lebt es? Provingstadt — trotz einer 150.000 Bewohner: Saragossa: Landhandel, Agrarhandel und Steinhandwerk. Berühmte Hainersität (seit 1474). Kunstakademie und Archäologengänge. Wunderbar schön die alte gotische Kathedrale, vollendet im Bau um 1300, darauf glücklich renoviert. Dann die prächtige Wallfahrtskirche der Jungfrauen — die Catedral de la Virgen, wollen die Senoritas Ritter werden — denn pilgern sie zur La Virgen — lustige Herberge, kein, fromme Bäder und Genießer — und schon ist das Wunder geschahen: die Birgenes werden Ritter! Spanien, Briefe, Selen, Loreros — oder keine Correns mehr, die spanischen Dolche wurden längst stumpf. Die Kirche hat den Charakter verlorben. Und der Freigeist regte erst ganz leise die Schwingen.

Einer der Freigeister Saragoiss ist der Weittale Job Vekboom, der zugewanderte Schneider. Er hatte unruhiges Blut — die Welt rief ihm zu: Ich bin so schön, Job! Suche du mich. Und der junge Schneidergehilfe ließ seinen Kompaß spielen. Die zuckende blaue Nähnadel ward eine Kompaßnadel — die nach Süden wies. „Herrn im Süd — das schöne Spanien — Spanien sei mein Heimatland!“

Job Vekboom ist nun schon an die zwanzig Jahre in Saragossa, er ist selbständig, er hat die Tochter seines Meisters geheiratet — in der Calle Soplado kann ihre Leben: „Sofierria Job Vekboom. Nählschneiderei.“

Job Vekboom nähle aber nicht nur mit der Nadel, er nähle auch mit dem Mund — er nähle und glättete Gedanken, er war ein Sozialist. Dem Pfaffenrentner von Saragossa legte er entgegen das rote Brevier des Karl Marx. Der Schneider Job Vekboom organisierte die ersten sozialistischen Gedankenabteilungen — in der alten Königsstadt Saragossa. Und diese neuen sozialen Gedanken — nach und nach stilligst gemordener Freigeist, der schwingt nun seine Kreise über Land Aragonien, höher und höher — näher und näher hin zur Goldanne Freiheit. Der Schöge Ultimo de Ripera, der Diktaturschübe, schließt nicht hoch genug — um den roten Freibeitender zu treffen. Job Vekboom war ist tat. Die Sozialisten Saragoiss brachten an seinem Sterbepulte eine Bronzeplatte an, drauf stand — „Dem ersten Sozialisten Saragoiss: Zum treuen Gedanken!“ Über des Militärkommando, die Diktatur, ließ diese Tafel wieder entfernen, sie rief zu sehr nach „Murrubr!“ Doch noch niemandem ermutigen, am allerwenigsten von betreten Hoffenhangen. Die Sozialisten Saragoiss glichen eine neue Bronzeplatte — schon strahlte sie von der granitnen Wand, hier: „Job Vekboom, Unigla del Mundo!“ „Job Vekboom, dem Bestenfreund!“ Senarone Riviera, edler Diktator und zahnärztlicher Tyrann — werden Sie auch an dieser Bronzeplatte Lustig nehmen? Na, das kann er nicht. Das selbgeitige Saragossa laßt und freut sich — und zu seinem jungen herzlichen Vochen drauf der Fluß Ebro seine schäumende Melodie — um die Keller der alten Römerbrücke herum. Saragossa, deine Gedanken warten auf das Stürmen der Vermagnote — einmal werden sie das säulen. Die Frage „Wann?“ beantwortet der Glaube an die Kraft des menschlichen Geistes. „Wollen — wir werden!“









# Die geraubte Berliner Steuermilliarde.

## Das Ausnahmerecht gegen Berlin.

Berlin wird noch in diesem Jahre einen erbitterten Kommunalwahlkampf erleben. Unsere Stadtverordnetenfraktion kann sich diesem Wahlkampf mit der beruhigenden Gewißheit unterziehen, in der laufenden Wahlperiode alles getan zu haben, was im Interesse der werktätigen Bevölkerung möglich war. Dennoch wird sich auch in unseren Reihen niemand der Erkenntnis entziehen, daß eine große Anzahl berechtigter Forderungen unerfüllt geblieben sind. Sowie dies auf die wirtschaftlichen Nöte der Gegenwart zurückzuführen ist, teilt Berlin dies Schicksal mit den anderen Gemeinden. Darüber hinaus steht aber die Stadt Berlin gegenüber den anderen Gemeinden unter einem höchst ungerechten Ausnahmerecht, indem ihr von ihren Steuereinnahmen alljährlich viele Millionen zugunsten anderer Gemeinden genommen werden. Daß hierdurch der Berliner Kommunalpolitik ganz ungeheure Schwierigkeiten bereitet werden, die weit über die Schwierigkeiten anderer Gemeinden hinausgehen, ist nicht zu bestreiten. Es erscheint angebracht, dieses an Berlin begangene Steuerrecht kurz darzulegen, um eine gerechte Beurteilung der Leistungen der Berliner Kommunalpolitik zu ermöglichen. Vorausgeschickt sei, daß unsere Genossen im Landtag und Staatsrat sich wiederholt bemüht haben, dieses Unrecht zu beseitigen, aber wenigstens zu mildern, daß diese Versuche jedoch an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien und teilweise auch der Kommunisten gescheitert sind.

Das Rückgrat der Berliner Gemeindefinanzen war vor der Steuerreform die Einkommensteuer. Diese erbrachte fast die Hälfte der ganzen Steuereinnahmen. Jetzt erbringt die Einkommensteuer kaum ein Fünftel der Steuereinnahmen Berlins. Eine Hauptursache für diesen Rückgang liegt in dem sogenannten Lastenausgleich, der der Berliner Bevölkerung außer den Abgaben an das Reich und Preußen, die sie mit den anderen Kommunen teilt, einen besonderen Tribut zugunsten anderer Städte auferlegt, trotzdem diese teilweise erheblich leistungsfähiger sind als Berlin. Die Verteilung des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer erfolgt nämlich unter rein schematischer Berücksichtigung des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Vorkriegsauskommens (sog. „relative Garantie“). Das jetzige Berlin bestand vor dem Kriege aus 94 Gemeinden mit selbständiger Steuerhoheit. Keine dieser Gemeinden konnte den Geh der kommunalen Einkommensteuer über 100 Proz. erhöhen, wenn sie nicht die leistungsfähigsten Steuerzahler in die Steuerbüchse der westlichen Vororte vertreiben und dadurch ihren Steuerfächer schädigen wollten. Für diese Zwangslage, die in anderen Gemeinden nicht bestand, wird Berlin jetzt dadurch bestraft, daß von allein im Jahre 1928 nicht weniger als 27,7 Millionen zugunsten anderer Gemeinden genommen sind. In den Jahren 1924 bis 1928 betrug dieser Tribut 110 Millionen. Hierzu treten noch die Abgaben, die Berlin von dem kommunalen Anteil der Einnahmen aus der Einkommensteuer der Handelsgesellschaften, der sog. Körperschaftsteuer an andere Gemeinden machen muß. Im Jahre 1928 waren dies 4,7 Millionen, in den Jahren 1924 bis 1928 insgesamt 16 Millionen. Kein Einkünftiger wird sich dagegen wenden, daß leistungsfähige Gemeinden von ihren Steuereinnahmen an die leistungsschwachen Gemeinden abgeben müssen.

Diese Pflicht muß aber alle Gemeinden in gleicher Weise treffen und darf nicht ein trasses Ausnahmerecht gegen Berlin sein.

Drohtisch wird die Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Zustandes durch eine Gegenüberstellung Berlins mit der reichsten preussischen Großstadt Frankfurt a. M. beleuchtet. Der jährliche Einkommensanteil auf den Kopf der Bevölkerung beträgt in Berlin 25 M., in Frankfurt a. M. 40 M. Trotzdem muß Berlin von dieser Kopfquote 8 M. an andere Gemeinden abgeben, und das viel leistungsfähigere Frankfurt 1 M. In den früheren Jahren hat Frankfurt überhaupt nichts an diesen Ausgleichsfonds abgeführt, sondern teilweise noch Beiträge aus diesem hauptsächlich von der Bevölkerung Berlins aufgebrauchten Fonds erhalten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Umsatzsteuer. Bereits das preussische Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz vom Jahre 1923 behielt der Gemeinde Berlin nicht annähernd den dem örtlichen Aufkommen entsprechenden Einnahmeanteil an dieser Steuer. Mit Wirkung vom 1. April 1925 ist die Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer noch derartig zugunsten Berlins verschlechtert worden, daß ihm hierdurch zugunsten anderer Gemeinden im Jahre 1925 weitere 14 Millionen und in der Zeit von 1926 bis 1928 jährlich 5 Millionen entzogen sind.

Geradezu ein Steuerandal ist die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer. Das Reich verteilt das Aufkommen aus dieser Steuer an die Länder nach dem örtlichen Aufkommen und nach der Bevölkerungszahl. Die Verteilung auf die einzelnen Provinzen — Berlin gilt in dieser Beziehung als Provinz — berücksichtigt jedoch weder das örtliche Aufkommen noch die Bevölkerungszahl, sondern legt nur zur Hälfte den Gebietsumfang und zur anderen Hälfte die Länge der Straßenstrecken der Verteilung zugrunde. Um das Maß der Ungerechtigkeit voll zu machen, werden hierbei von 2800 Kilometer Straßen nur 276 Kilometer, also weniger als ein Zehntel, berücksichtigt. Dies führt dazu, daß Berlin im Jahre 1925 nur 2 Proz. seines örtlichen Aufkommens erhielt, während z. B. Ostpreußen 251 Proz. und Hohenzollern sogar 508 Proz. bekamen. Dies waren für Berlin weniger als 5 M. pro Fahrzeug, während die entsprechenden Zahlen für Ostpreußen und Hohenzollern rund 380 und 570 M. betragen. Die Ungerechtigkeit dieser Verteilung ist durch die im Jahre 1926 erfolgte Zuweisung einer jährlichen Vorauszahlung von 2 Millionen Mark an Berlin nur ganz unzureichend gemildert worden. Im Jahre 1928 brachte Berlin an Kraftfahrzeugsteuer 21 Millionen auf, wovon es nur 2,3 Millionen behalten durfte, während es 18,7 Millionen an andere Kommunalverbände abgeben mußte. Insgesamt betrug dieser Tribut in den Jahren 1924 bis 1928 nicht weniger als 59,5 Millionen. Wenn man berücksichtigt, daß die Kraftfahrzeugsteuer

dazu bestimmt ist, die durch die Kraftfahrzeuge abgenutzten Straßen auszubessern, findet der teilweise wenig erfreuliche Zustand des Berliner Straßenpflasters seine Erklärung. — Besonders aufreuzend ist auch die Verteilung des kommunalen Anteils an der Hauszinssteuer.

In dem am 31. März 1928 beendeten Steuerjahr 1927 brachte Berlin mit 341 Millionen Mark fast ein Drittel des ganzen preussischen Aufkommens auf, wovon ihm jedoch ein großer Teil genommen wurde.

Von den Erträgen dieser Steuer ist bekanntlich nur die Hälfte für den Wohnungsbau bestimmt, während die andere Hälfte allgemeinen Finanzzwecken dient. Von diesem Finanzanteil behält der Staat etwa zwei Drittel, während das restliche Drittel an die Gemeinden verteilt wird. Bereits im Jahre 1924 erhielt Berlin nicht annähernd den seinem örtlichen Aufbringen entsprechenden Anteil. In den folgenden Jahren ist der Verteilungsschlüssel noch weiter derartig zugunsten Berlins geändert worden, daß es in den Jahren 1925 bis 1927 um weitere 76,9 Millionen zugunsten anderer Gemeinden geschädigt wurde. Im Steuerjahr 1927 erhielt Berlin statt der ihm nach dem Verteilungsschlüssel vom Jahre 1924 zustehenden 57,8 Millionen nur 30,43 Millionen, also 27,4 Millionen weniger. Für das am 31. März 1929 endende Steuerjahr 1928 liegen noch keine abschließenden Zahlen vor. Da die Verhältnisse sich in der Zwischenzeit keinesfalls zugunsten Berlins geändert haben, ist wiederum mit einer Schädigung um mindestens die gleichen Summen zu rechnen, so daß Berlin in den Jahren 1925 bis 1928 zusammen 104,3 Millionen zugunsten anderer Gemeinden entzogen sind.

Von der für Wohnungsbauzwecke bestimmten Hälfte der Hauszinssteuer muß Berlin drei Zehntel an einen staatlichen Ausgleichsfonds abführen. Dies waren in den Steuerjahren 1927/28 je 51 Millionen, in den Jahren 1924 bis 1928 insgesamt rund 212 Millionen. Berlin erhielt jedoch aus diesem Ausgleichsfonds fast nichts. Es wurde ihm nur im Jahre 1925 ein Betrag von 1,5 Millionen und im Jahre 1926 ein solcher von 0,8 Millionen überwiesen, und zwar mit der Auflage, daß sie nur zum Bau von Wohnungen für preussische Beamte benutzt werden dürfen, so daß von Berlin an andere Kommunalverbände 210 Millionen geflossen sind.

Die vorstehenden Berechnungen ergeben, daß von den Steuergebern der Berliner Bürgerschaft im Steuerjahr 1928 die Summe von mindestens 134 Millionen und in den Jahren 1924 bis 1928 mindestens 516 Millionen an andere Kommunalverbände geflossen sind.

Hierzu tritt eine andere steuerliche Schädigung Berlins, die noch viel aufreuzender ist, weil die entzogenen Steuermittel nicht

anderen Gemeinden zugute kommen, sondern privaten Kapitalisten. Während die Hauszinssteuer einheitlich in ganz Deutschland von den Mietern in Prozenten der Friedensmiete erhoben wird, erfolgt in Preußen die Abführung durch die Hausbesitzer in Prozenten der Grundvermögenssteuer. Diese Regelung ist so eigenartig, daß ein großer Teil der von den Mietern gezahlten Hauszinssteuer in den Taschen der Hausbesitzer verbleibt. Genaue Zahlen über den Umfang dieser Schädigung lassen sich nicht angeben. Kugler berechnet in seiner Broschüre „Milliardengeschichte an den entschuldeten Haus- und Grundbesitz“ auf Grund von Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin den Betrag, der auf Grund dieser gesetzlich sanktionierten Steuermogelei durch die Berliner Hausbesitzer dem Steuerfächer entzogen ist, für das Jahr 1927 auf 80 Millionen. Da sich die Verhältnisse im Jahre 1928 nicht geändert haben, ist er für dieses Jahr mit derselben Summe einzusetzen. Insgesamt dürften auf diese Weise von den Steuergebern der Berliner Mieter in den Jahren 1924 bis 1928 etwa 340 Millionen dem Steuerfächer entzogen sein. Die von der preussischen Regierung im Jahre 1926 beantragte Milderung dieses standstilligen Zustandes scheiterte im Landtag an dem Widerstand der Rechtsparteien und der Kommunisten!

Wir kommen also zu dem erschreckenden Resultat, daß von den Steuergebern der Berliner Bevölkerung im Jahre 1928 rund 214 Millionen und in den Jahren 1924 bis 1928 rund 856 Millionen Mark zugunsten anderer Gemeinden und zugunsten der Berliner Hausbesitzer genommen sind. Da die einschlägige Steuererhebung sich für das beginnende neue Steuerjahr nicht geändert hat, muß damit gerechnet werden, daß diese Schädigung im Jahre 1929 mindestens denselben Betrag ergeben wird, wie im Jahre 1928. Bis zu den Kommunalwahlen wird also der Raub an den Berliner Steuergebern die Summe von einer Milliarde Mark überschreiten. Diese Steuermilliarde hätte es ermöglicht, den berechtigten Wünschen der Berliner Bevölkerung noch in ganz anderem Umfang zu entsprechen, als es geschehen ist. Besonders hätte die schärfste Gehel, unter der die Berliner Bevölkerung leidet, die Wohnungsnot, so gut wie völlig beseitigt werden können. Die Zahl der in Berlin fehlenden Wohnungen wird auf 180 000 berechnet. Die entzogene Milliarde Steuergebern hätte ausgereicht, den Bau dieser fehlenden Wohnungen mit einem Betrage von mehr als 5000 M. pro Wohnung zu bezuschussen.

Die Berliner Kommunalwahlen müssen eine Abrechnung mit den Parteien sein, die sich für die Verewigung des steuerlichen Ausnahmerechts gegen Berlin eingesetzt haben.

Stadtverordneter Dr. Siegfried Weinberg.

# Hilfe für franke Frauen und Schwangere.

## Die neue Brandenburgische Landesfrauenklinik.

In Reuthöfen am Mariendorfer Weg wurde vor einiger Zeit der umfangreiche Erweiterungsbau der bekannten Brandenburgischen Landesfrauenklinik und Hebammenlehranstalt dem Gebrauch übergeben. Der Erweiterungsbau war erforderlich, um die septische Abteilung wegen der Infektionsgefahr aus dem alten Entbindungshaus herauszunehmen und in einem gesonderten Bau unterbringen zu können. Auch mußte eine Abteilung für Röntgentherapie und Bestrahlungstherapie neu geschaffen werden.

Welche Allgemeinbedeutung diese Anstalt hat, mag eine Zahl erhellen: In den elf Jahren ihres Bestehens wurden hier rund 24 000 Entbindungen behandelt. Praktische Fürsorge zum leiblichen und seelischen Wohle der jungen Mütter aber wurde dadurch getrieben, daß man tausende junger Mütter mit ihren Kindern wieder in die Heimat zu ihren Eltern und Angehörigen brachte. Der Neubau nun hat Hufeisenform und lehnt sich mit dem längeren Flügel an das Entbindungshaus an. Die septische Station des Neubaus nimmt mit zusammen 48 Betten das ganze Erdgeschoß ein. Zur Isolierung von Schwerkranken sind 5-Bettzimmer vorgesehen. Dem Säuglingszimmer und dem Kranentagestern sind nach Süden offene Liegehallen vorgelagert. In dem nach Süden vorgestreckten Mittelflügel ist die septische Operations- und Entbindungsstation untergebracht. Im Obergeschoß sind Wohnzimmer für 10 Schwestern und für 27 Hebammen und im Dachgeschoß Räume für 12 Hebammenkülerinnen und Personal vorgesehen. Außerdem befinden sich dort noch die groß und wohnlich eingerichteten Tages- und Wohnräume der Schwestern und Hebammen, an denen es bisher mangelte. Es schließt sich die Röntgenstation der Gesamtanstalt an, die eine in sich geschlossene Abteilung bildet.

Die reinen Baukosten betragen rund 560 000 Mark, d. h. für 600 Kubikmeter umbauten Raumes rund 44 Mark und für ein Bett (18 Kranten- und 62 Personalbetten = 110 Betten) rund 5000 M. Die Gesamtkosten einschließlich aller Nebenanlagen bleiben im Rahmen der bewilligten Summe von 810 000 Mark. Die neue Anstalt bildet einen Ersatz für die bisherigen Behranstalten in Berlin (Charité), Frankfurt a. d. O. und Lübben; sie soll nicht allein nur eine Klinik für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe sein, sondern auch die soziale Sonderfürsorge für mittellose Schwangere, Gebärende, Wöchnerinnen und Säuglinge in ihren Arbeitskreis aufnehmen, ganz abgesehen von ihrem Hauptzweck, der Ausbildung von Hebammenkülerinnen und von Ärzten.

Kurz sei auf die bisherigen Leistungen der Anstalt in den elf Jahren ihres Bestehens hingewiesen. Es wurden, wie schon gesagt, rund 24 000 Entbindungen (zuletzt etwa 3000 pro Jahr) behandelt, darunter 12 000 bei sogenannten Hauschwangeren. Das sind Frauen und Mädchen, die völlig unentgeltlich — vorbehaltlich der Erstattungspflicht

durch Behörden — einige Wochen vor der Niederkunft aufgenommen werden, hier ihre Entbindung abwarten und das Wochenbett abhalten. Die Hauschwangeren werden unter ärztlicher Aufsicht und entsprechend ihrer Vorbildung und ihren körperlichen Fähigkeiten zu wirtschaftlichen und häuslichen Leistungen herangezogen und haben sich den Anforderungen des Unterrichts zu unterziehen. Nach Beendigung des Wochenbetts werden sie durch weitere Sonderfürsorge erfaßt, die sich ihre fernere Unterbringung angelegen sein läßt. Von den 12 000 wurden auf solche Weise etwa 10 000 mit ihrem Kind teils in ihre Heimat zu Angehörigen oder in Dienststellen befördert, teils in Säuglingsheimen untergebracht. Solche Säuglingsheime befinden sich z. B. als Abteilung in der hiesigen Anstalt, ferner in dem der Brandenburgischen Landesversicherungsanstalt gehörigen Gut Hoheneiß bei Rheinsberg, ferner in dem der Anstalt gegenüberliegenden städtischen Säuglings- und Mutterheim.

...jede Tasse  
**Kathreiner**  
ist „eine Tasse  
**Befundtheit**“  
- sagt man...



# Demokratie in der Wohlfahrt.

## Die Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt.

Die Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Berlin hielten im Bürgeraal des Rathauses ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zu Beginn der Versammlung sprach Genossin Regierungsrat Hedwig Wachenheim über die „Demokratisierung der Wohlfahrtspflege“.

Aus ihrer reichen Kenntnis kam die Referentin zu der Forderung einer dringenden Umgestaltung der Verwaltung. Sie verlangte, daß die in der Wohlfahrtspflege tätigen Menschen auch aus den Kreisen der Arbeiterschaft kommen müssen, die für diese Arbeit das größte Verständnis aufbringen könnten. Die Gehege allein können nicht immer helfen, vielmehr ist die persönliche Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege ein wichtiger Faktor. Mitwirkung des Volkes durch Eintritt von Männern und Frauen aus dem Volke kann allein die Verwaltung lebendig machen, kann sie so umgestalten, daß sie ihre Aufgaben lösen kann. Fürsorge ist nichts Entehrendes, und gerade in der Wohlfahrtspflege müssen Menschen tätig sein, die volles Versehen für den Hilfsbedürftigen haben. In den letzten Jahren hat sich immer mehr gezeigt, daß das große Arbeitsfeld der Wohlfahrtspflege nicht allein durch freiwillige Helfer bearbeitet werden kann. Bei den besetzten Plätzen ist eine Vorbildung notwendig. Die Arbeiterorganisationen haben darauf zu achten, daß diese Vorbildung nicht allein den Kindern besser sitzierter Familien zuteil wird. Es muß ermöglicht werden, daß

**junge Menschen, die Eignung, Fähigkeit und Lebenserauf für den Beruf eines Pflegers haben, auch die Möglichkeit bekommen, sich die notwendige Vorbildung anzueignen.**

Wie auf allen Gebieten, so wird auch auf dem der Wohlfahrtspflege versucht, eine abgeschlossene Schulbildung von den Bewerbern zu verlangen. Vorbildung ist notwendig, mehr noch aber ist die praktische Bewährung ausschlaggebend für die Leistung der Wohlfahrtspfleger. Das notwendige technische Wissen, die Beherrschung der einschlägigen Bestimmungen, kann man sich aneignen. Unsere Aufgabe wird es sein, aus der Schicht der Arbeiterschaft heraus Kräfte freizumachen für die Funktion eines Wohlfahrtspflegers. Die Arbeiterwohlfahrt hat bewiesen, daß sie auch auf diesem Gebiete praktische Arbeit zu leisten gewillt ist; sie hat in Nachschulungskursen den Versuch unternommen, für die Wohlfahrtspflege geeignete Personen mit technischem Wissen auszubilden.

Die Versammlung dankte der Referentin durch reichen Beifall für die interessanten und lehrreichen Ausführungen. Dann kam die Genossin Todenhagen zu Wort, die aus der

### praktischen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt

berichtete. Sie zeigte an Beispielen, daß auch heute noch Kräfte am Werk sind, die die Wohlfahrtspflege zu hemmen, daß auch heute noch die Arbeit in der Wohlfahrtspflege nicht reibungslos durchgeführt werden könne. Besonders im Aufgabenkreis der Arbeiterwohlfahrt ist die Mitarbeit der sozialen Gerichtshilfe. Auch hier mußte zunächst ein schwerer Kampf durchgeföhrt werden: Wohlfahrtsvereine versuchten, die Verwaltung der sozialen Gerichtshilfe einer Vereinnahmung der Wohlfahrtsorganisationen zu übertragen. Die Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt haben durch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion einen Antrag eingebracht, daß für diese Wohlfahrtsarbeit die Wohlfahrtsdeputation zuständig sein müsse, ein Antrag, der auch angenommen wurde. Die

Schwierigkeiten bei der Arbeit für die soziale Gerichtshilfe liegen darin, daß der Verkehr der Rechereure — einfache Arbeiter und Arbeiterinnen — mit den Beauftragten in Gnadenlosen noch nicht ganz reibungslos abgewickelt wird. Sehr bewährt haben sich die Studientarife. Eingehend berichtete die Referentin über die letzte Arbeiterwohlfahrtslotterie, die ein voller Erfolg für die Arbeiterwohlfahrt war. Nachdem noch die Genossin Dr. Frankenthal in der Diskussion gesprochen hatte, wurde der Bezirksausschuß neu gewählt. Auf Vorschlag des Genossen Künstler wurde der bisherige Ausschuß wieder mit der Arbeit betraut. Die Zahl der Beisitzer wurde auf einstimmigen Beschluß um zwei vermehrt. Gewählt wurden die gleichberechtigten Beisitzer Genossin Todenhagen und Genossin Künstler, zum Schriftführer Genosse Friedländer, zum Kassierer Genosse Bogels, und als Beisitzer die Genossinnen Bötz, Wachenheim, Schmitz, Frankenthal, Hornisch und Stod.

## Was kostete Berlin die Grippe?

Die Stadtväter sollen 161 720 Mark bewilligen.

Zur Unterbringung der Kranken bei der letzten Grippeepidemie mußten alle Referenzen an Krankenzimmern und an Krankenbetten, die schon früher sichergestellt waren, in Anspruch genommen werden. Durch planmäßige Einschlebung von Reservbetten in geeignete Abteilungen für innerlich Kranke sowie durch vorübergehende Verleinerung von chirurgischen Abteilungen und Zusammenlegen anderer Abteilungen wurden weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Grippefranke geschaffen. Weiterhin wurden 17 Höckerische Baracken, die vom Roten Kreuz mietweise überlassen wurden, in Betrieb genommen. Da die Erfahrungen mit den Baracken recht gute waren, wurden fünf weitere angekauft.

Die Krankenhäuser erlitten die Wirkung, chronisch Kranke, die nicht mehr unbedingt der Krankenzustellung bedürften, in die Hospitäler zu verlegen, so daß auch dadurch Plätze für dringende Krankenzustellungen frei wurden. Im Rudolph-Birchow-Krankenhaus wurde die Möglichkeit für die Unterbringung einer größeren Zahl von Ohrenkranken, die im Anschluß an die Grippeerkrankungen einer spezialärztlichen Krankenhausbehandlung bedürften, geschaffen. Besonders war die Beschaffung neuer ohrärztlicher Instrumente notwendig. Um den gesteigerten Anforderungen an Krankentransporten gerecht zu werden, sah man sich genötigt, den Krankenaufnahmepark des Rettungsamtes vorübergehend um sechs Autos zu vergrößern, die das Reichwehrministerium mietweise zur Verfügung stellte. Eine gewisse Entlastung trat schließlich dadurch ein, daß von den bei der außerordentlichen Verwaltung 1928 für die Einrichtung des Hospitals Buch-West vorgesehenen, Mitteln 150 000 M. zur Beschaffung von Betten verwendet werden konnten, die aus Anlaß der Grippeepidemie an anderen Krankenanstalten nach Bedarf leihweise überlassen wurden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Vorlage zugegangen, sich mit den vom Magistrat zur Bekämpfung der Grippe gemachten Aufwendungen einverstanden zu erklären und nachträglich die hierfür benötigten Mittel zu bewilligen, mit der Maßgabe, daß 161 720 M. aus den Vorbehaltsmitteln für 1928 zu entnehmen sind.

badeanstalt“ einen Weg, wie das Bäderbauprogramm der Stadt Berlin beschleunigt durchgeführt werden kann. Die städtischen Körperverordneten haben deshalb im Hallenbädern für 1929 die ersten Baubestimmungen für die Hallenbäder in Pantow und Reinitzendorf bewilligt. Für das Bad in der Gartenstraße ist die letzte Bauteil- und für die Schwimmhalle des Bezirkes Prenzlauer Berg, die in nächster Zeit begonnen wird, ebenfalls die Schlußrate angelegt. Umfangreiche Erweiterungen werden in Charlottenburg durchgeführt. Schließlich wird im laufenden Etatsjahr noch mit dem Bau des Hallenbades Schöneberg, für das die Mittel bereits aus dem Vorjahr zur Verfügung stehen, begonnen werden.

Das auch in einen Teil der Presse übergegangene Gerücht, daß der Haushaltsausschuß der Stadt Berlin die ersten Baubestimmungen für die neuen Bäder gestrichen habe, trifft also nicht zu.

## Sehe antirepublikanischer Lehrer.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die letzte Bezirksversammlung des Bezirks Friedrichshain eröffnete Genosse Kasper mit einem tiefempfindenden Nachruf auf den verstorbenen kommunistischen Fraktionsführer Wilhelm Bary, der sich die Achtung aller Mitglieder des Hauses erworben hatte.

Ein Antrag auf Schließung der städtischen Betriebe am 1. Mai fand Annahme. Zu dem kommunistischen Antrag auf Entschädigung des bei der Schlägerei am Schlesischen Bahnhof schwer geschädigten Gastwirts Raubert beizuge Genosse Klingler, daß in diesem Falle nur die durch Gerichtsurteil als Täter festgestellten Personen haftbar gemacht werden könnten. Es sei nicht angängig, in solcher Weise öffentliche Mittel für private Zwecke zu verwenden. Der Antrag fiel mit 27 Stimmen der Mitte gegen 26 Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen. Ein weiterer Antrag der Kommunisten verlangte für die Alters- und Invalidenversicherung Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr. Der Kommunist Mostmann konnte sich bei der Begründung wiederum die üblich gewordenen Angriffe auf die Sozialdemokratie nicht verkneifen. Genosse Siegle verwies in ausgiebiger sozialistischer Darstellung auf die Tatsache, daß auch die Sozialdemokratische Partei wie die Gewerkschaften seit Jahren bestrebt sind die vorhandenen Mittel in der Sozialversicherung zu bestreiten. Er lehnte es jedoch ab, Papierkordarbeit zu leisten.

Bei dem Antrag auf Einrichtung kommunaler Verkaufsstellen für billige Lebensmittel, Kleidung und Kohlen verwies Genosse Jahn auf die vorbildlichen Einrichtungen des Wohlfahrtsamtes, in denen jeder Bedürftige schnelle Hilfe erhalten könne. Man müsse sich gegen solche kommunistischen Drogenanträge wenden, die z. B. bei der Beratung des Etats so hoch gingen, daß in der Wohlfahrtsunterstützung praktisch bei Verteilung der geforderten Summen eine monatliche Unterstützung bis zu 400 Mark für Bedürftige heraus-

genommen wäre. Die Anträge werden mit der Absicht auf Verlehnung durch die sich ihrer Verantwortung bewachte Mehrheit der Bezirksverwaltung gestellt. Um die Deckung ist man nicht besorgt. Während hier Agitationsanträge gestellt werden, um gegen die Sozialdemokratie zu gehen, stehen die Verhältnisse in Anbetracht der kommunistischen Forderungen direkt entgegen. Der deutsche nationale Holtpant Führer (Wp.) wettete gegen Konsumvereine und städtische Einrichtungen. Der Antrag verfiel der Ablehnung. Ein Antrag der Mitte auf Beseitigung der Explosionsgefahren im Ostram-Werf an der Barföherer Brücke fand einstimmige Annahme. Einen Antrag auf Unterbrechung von Vorgängen in der 1. Mädchen-Mittelschule und in der 98. Volksschule, der von unserer Fraktion gestellt war, suchte man durch Uebergang zur Tagesordnung abzuwürgen. Genosse Gutekunst verlangte energisch vorübergehende Begründung. Der Uebergang zur Tagesordnung wurde dann gegen wenige Stimmen abgelehnt. Genosse Buchmann entrollte ein großes Bild von den Kämpfern der Lehrerzucht gegen die rechte Republikanerin in den beiden genannten Schulen. 3 Reichshäuser wurde als Postfach besprochen. Der deutsch-nationale Lehrer Trellin suchte die Feststellungen des Genossen Buchmann durch Ratia aus der „Recherchier“ zu verdrängen und zu entziehen. Er fand wiederum bei den Kommunisten Unterstützung. Der Antrag ward dann gegen die Stimmen unserer Fraktion durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

## Der Bürgermeister will allein herrschen

10. Bezirk Zehlendorf.

In der letzten Bezirksversammlung entspann sich eine längere Debatte über die 390 000 Quadratmeter große Fläche, die zur Erweiterung des bereits bestehenden an der alten Lichterfelder-Zehlendorfer Grenze liegenden Parkfriedhofes dienen soll. Das Gelände ist bereits von der Stadt zu diesem Zweck angekauft worden. Mit der Sozialdemokratischen Partei steht die Mehrheit der Versammlung auf dem Standpunkt, daß es unzulässig ist, ein großes der Stadt verhältnismäßig nahe gelegenes Gelände der Wohnsiedlung zu entziehen und für den Totenacker zu bestimmen. Die Siedlung ist gerade hier besonders angebracht, weil der Boden billig erstanden werden konnte. Eine Abordnung soll in dieser Hinsicht mit dem Oberbürgermeister Rücksprache nehmen. Die Deutschnationalen aber möchten am liebsten den früheren Besitzern, die ihrer Meinung nach das Gelände in Hinsicht auf seine Verwendung zu Friedhofszwecken zu billig verkauft haben, noch etwas nachzahlen. Genosse Florke betonte in der Aussprache, es müsse dem Oberbürgermeister nahe gelegt werden, daß hier Gelegenheit ist, billige Wohnungen zu erbauen, weil das Gelände billig war. Und diese Gelegenheit dürfe nicht verpasst werden. — Zur Ueberprüfung der für die Straßenumbenennungen vorgeschlagenen Straßennamen wurde eine gemischte Kommission eingesetzt, die sich aus Vertretern der vier Ortsteile zusammensetzt. Ein Antrag des Bezirksamtes, 4402 Mark aus Vorbehaltsmitteln zur Beschaffung von Inventar für das neue Rathaus zu bewilligen, wurde zunächst zurückgestellt, um erst nach Punkt 13 der Tagesordnung: Vorlage betreffend Bildung einer Rathausdeputation, vorzunehmen. Dieser in einer früheren Versammlung verunglückte Antrag wurde vom Bezirksbürgermeister Dr. Schumacher in einer langen gewundenen Erklärung abgelehnt. Hier letzte nun eine lebhafte Aussprache ein, in deren Verlauf es zu Ausführungen kam, die für den Bezirksbürgermeister alles andere denn schmeichelhaft waren. Der Volksparteiliche Schabel eröffnete den Reigen. Nach ihm kam Genosse Draemert an die Reihe, der dem Bürgermeister zunächst einmal recht einbringlich vor Augen führte, was er offenbar gar zu gerne vertuschen möchte, daß es nämlich die bösen Sozialdemokraten gewesen sind, denen im Grunde genommen der Rathausneubau des Bezirks zu verdanken ist. Wenn der Bürgermeister einwende, daß es in seinem Bezirk eine Rathausdeputation gebe, so sei darauf zu erwidern, daß der 10. Bezirk auch der erste ist, der ein neues eigenes Rathaus bzw. Verwaltungshaus bekommen. Ungewöhnlich bestrebend wirkte es aber, daß in dem Sitzungssaal des neuen Hauses außer den Bildern des Herrern vom Stein und des Reichspräsidenten Hindenburg auch noch die Bilder von Bismarck und Friedrich II. dem sogenannten Großen, hängen sollen. Der Redner meinte, er wäre sehr erfreut, wenn ihm der Bürgermeister die Mehrheit nennen könnte, die diesen bestrebenden Beschluß gefaßt habe. Gerade der Fall mit den Bildern beweise, wie dringend notwendig die Bildung einer Rathausdeputation sei. Mit Worten des Dankes an die Schulverwaltung, die bisher in Ermangelung eines anderen Raumes der Bezirksverwaltung des Anzeigensaal zur Verfügung gestellt hatte, schloß der Vorsitzende die Sitzung. Die nächste Sitzung wird im neuen Rathaus stattfinden.

## Wilmersdorf und der Bezirksparteitag.

In einer Delegiertenversammlung nahm in der Wilhelmstraße der Kreis Wilmersdorf zum Bezirksparteitag Stellung. Die Eröffnung der Versammlung verband der Vorsitzende Steinhöfel mit einem warmherzigen Nachruf auf die verstorbenen Genossen Brandler und Klein. Genosse Brandler war erster Schriftführer des Kreises. An seine Stelle wurde durch einstimmige Wahl der zweite Schriftführer Genosse Fischbach berufen. Dem Genossen Staffel wurde die Stellvertretung übertragen. Dann wurden einige Anträge zum Statutenentwurf zur Debatte gestellt. Ein Antrag, der verlangt, daß die Kreisdelegiertenversammlung auch die Aufstellung der Kandidaten für den Land- und Reichstags und das Stadtparlament vornehmer soll, wurde angenommen. Ein Antrag der Genossin Stod, der eine ständige Vertretung der Arbeiterwohlfahrt im Bezirksvorstand verlangte, wurde abgelehnt. Der Bezirksvorstand muß arbeitsfähig bleiben und darf nicht noch vergrößert werden. Es wurde dann noch ein schriftlicher Bericht des Vertreters der Presekommission verlesen und die Wiederwahl des Genossen Dr. Korach in die Pressekommission vorgenommen. Ein Antrag des Genossen Anton, bei der Wahl zum Bezirksvorstand den Genossen Pisse zum ersten Vorsitzenden vorzuschlagen, wurde einstimmig angenommen mit der Begründung, daß Genosse Pisse ohnehin schon immer die Leitung der Versammlung übernehme, da Genosse Künstler meist in den Debatten spricht.

## Man ist nur so alt, wie man aussieht.

deshalb benutze man „Exieplong“. Gibt grauen Haaren die jugendliche weiche Farbe wieder. Führt nach und nach vollständig unschädlich. Seit 30 Jahren Weltweit. Von tausenden Ärzten, Professoren usw. gebraucht und empfohlen. Preis M. 7.— Für schwarze Haare Extra stark M. 12.— Erhältlich in Parfümerien, Friseurgeschäften, Drogerien, wo nicht, zu haben Parfümeriefabrik „Exieplong“, nur Berlin SO. 60, Moskauer Straße 9.

Beachten Sie bitte die Anzeige der

# Konsum-Genossenschaft Berlin

und Umgegend

## am Sonntag, dem 14. April 1929

